

Bezugspreis:

Einzelheft 90. - M. monatlich 3. - M. ...

Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die einseitige Anzeigenpreisliste ...

Anzeigen für die nächste Nummer ...

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Freitag, den 7. April 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Ein Ehrentag unserer Frauen. Reichstagsdebatte über die Beamtin als uneheliche Mutter.

Der Reichstag erlebte gestern Stunden, wie die Parla- mentsgeschichte sie noch nicht zu verzeichnen hatte; in der Halle der Wiederholungen ereignete sich noch nicht Da- gewesenes. Wo sonst nur allzu oft trodene Gegenstände in ab- gegrieffenen Redensarten erörtert werden, klangen echte Menschenstimmen, und der Geist einer neuen Zeit rang sich mit den Mächten der Vergangenheit. Es waren Frauen, die miteinander um das Recht der unehelichen Mutterschaft kämpften und die dabei letzte Fragen der Menschlichkeit mit einer seelischen Tiefe erörterten, die erschütterte und erhob. Unmöglich der Gedanke, daß diese Debatte von Männern hätte geführt werden können, sie wäre dann ebenso gleichgültig und kalt lassend verlaufen wie jede andere. Die Tatsache, daß sie von Frauen geführt wurde und wie sie von ihnen geführt wurde, würde allein schon genügen, das Frauenwahlrecht zu rechtfertigen.

Man kennt aus diesen Blättern den Kampf, den die Sozialdemokratische Partei für jene Beamtinnen führt, die wegen unehelicher Mutterschaft entlassen werden. Im Haupt- ausseh war es unserer Genossin Toni Pfälz gelungen, eine Resolution zur Annahme zu bringen, die ausspricht, daß uneheliche Mutterschaft kein Grund zur Wahrung einer Beamtin sein darf. Dieser Antrag wurde gestern lebhaft um- stritten und schließlich, nachdem ihn die Genossinnen Luise Schröder, Clara Bohm-Schuch und Toni Pfälz in ergreifender Weise verteidigt hatten, in einer namentlichen Ab- stimmung zu Fall gebracht.

Diese äußere Niederlage der sittlich höheren Auf- fassung wurde durch die Haltung der Demokraten herbei- geführt. Diese hatten unter Führung von Frau Lüders einen Gegenantrag eingebracht, der kompromißlerisch mit dem Ge- danken der besonderen „Standeshere“ operiert und in seiner praktischen Auswirkung das bisher geübte Unrecht eher zu be- festigen als zu beseitigen geeignet ist. Nach der Ablehnung ihres eigenen Antrags sah sich die sozialdemokratische Fraktion genötigt, für die Ueberweisung des Antrags Lüders an den Rechtsausschuß zu stimmen, wo seine Verbesserung noch mög- lich ist. Anderenfalls hätte ihn der Reichstag bei der augen- blicklich herrschenden Stimmung sofort zum Beschluß erhoben.

Es war kein Tag des äußeren Erfolges. Dennoch war er ein Ehrentag für die Sozialdemokratische Partei und ihre Frauen.

der Staat einer unehelichen Mutter sogar noch größere Zugestän- dnisse in der Erfüllung ihrer Berufspflichten machen als einer ver- heirateten Beamtin. Nicht in jedem Fall soll die Entlassung erfol- gen. Nötig ist eine sorgfältige und gerechte Prüfung des Einzel- falls. Die im Hauptausschuß angenommene Entschließung der Abg. Frau Pfälz, wonach die uneheliche Mutterschaft kein Grund zur Entlassung einer Beamtin sein darf, hat im ganzen Lande, namentlich im Reichsverbande der Post- und Telegraphen- beamtinnen, gewaltige Erregung hervorgerufen. Was nützt uns das Frauenwahlrecht, wenn der Frauenville im Parlament durch Frauen verewaltigt wird!

Frau Abg. Müller-Dittrich (Dnt.) lehnt die Entschließung Pfälz ab, da sie dazu führen könnte, daß die weiblichen Beamten nach und nach vollständig verdrängt werden. Von doppelter Moral fühle sich ihre Partei frei.

Abg. Frau Schröder (Soz.):

Die beiden Vorrednerinnen sind nicht ehrlich genug gewesen, die uneheliche Mutterschaft ohne weiteres zu verdammen. Sie haben das, was sie tun wollen, nämlich die uneheliche Mutter zu verdammen, daß ihr Kind ein Kind zweiten Grades sein soll, daß sie nicht die Möglichkeit haben soll, ihr Kind zu einem gesunden und nützlichen Mitglied der menschlichen Gesellschaft heranzuziehen, in schöne Redensarten gekleidet. Sie sprechen geradezu, als wenn wir mit uneren Anträgen die unehelichen Kinder züchten wollten. Wie liegt es denn im Wirklichkeit? Die unehelichen Kinder sind da, die Mütter sind da, und wir wollen, daß sie nicht hinab- sinken auf die Stufe, wo sie, wie es in § 10 heißt, fastschlich die Achtung verlieren, die ihr Beruf von ihnen fordert. Aber ist etwa das, was Sie tun, die Tatsache, wird etwa ein Kind weniger ge- boren? Was Sie großreden, ist weiter nichts als die Lüge und die Heuchelei (Bravo! links). Wenn man der unehelichen Mutter das Recht nimmt, Beamtin zu werden, dann bedeutet das nichts weiter als auf der einen Seite der Mutter das höchste, näm- lich das Kind und das Bestehen zu ihrem Kinde, zu nehmen, und auf der anderen Seite die widerlichste Schmach. Die Rednerin führt eine Reihe von Beispielen an, in denen Frauen von der Bewertungs- liste für einen Beamtenposten gestrichen wurden, weil sie den Vater ihres unehelichen Kindes nicht heiraten konnten, da er im Kriege fiel. Die Demokraten haben eine Entschließung eingebracht, die den Zweck haben soll, dieselbe Art der Verlesung, wie sie gegenüber der unehelichen Mutter stattfindet,

auch gegenüber dem unehelichen Vater

einzuführen. Das ist natürlich eine glatte Unmöglichkeit. Aber selbst wenn es möglich wäre, würden wir es ablehnen, die Schmach- keit, die gegenüber den Frauen stattfindet, auch auf die Männer anzu- wenden. (Beifall Zustimmung links.) Von den Deutschnationalen und von der Zentrumsfraktion haben wir keine andere Auffassung erwartet. Aber, daß die demokratische Fraktion in das- selbe Horn bläst, ist für uns Sozialdemokraten wie ein Schlag ins Gesicht gewesen. (Beifall Zustimmung auf der Linken.) Die Frauen (sich einen Standpunkt einnehmen können, ist mir ganz uner- wartlich. Wir alle wünschen nicht, daß die Zahl der unehelichen Kinder zunimmt, weil wir wissen, daß unter der unehelichen Mutter- schaft die Frau mehr zu leiden hat als der Mann. Aber fragen Sie doch einmal die Frauen Ihrer Kreise, ob sie wollen, daß man ihren Töchtern, wenn sie uneheliche Mütter sind, das Brot nimmt und sie mit ihren Kindern zur Not verurteilt. Es ist hier auf die zahlreichen Stimmen aus dem Lande, insbesondere auf die Zirku- lare des Verbandes der Post- und Telegraphen- beamtinnen hingewiesen worden. Ich erkenne diesem Verbanne nicht das Recht zu, im Namen der Frauen zu sprechen. (Beifall Zu- stimmung links.) Im übrigen dürfte der größte Teil dieser Zu- schriften

bestellte Arbeit

sein. Wir sind das Parlament des Reiches, wir haben keine Rück- sicht zu nehmen auf den Vorstehenden eines Einzelverbandes, sondern auf die Interessen des gesamten Volkes. Kann man aber diese Interessen wahrnehmen, wenn man eine derartig negative Politik treibt? Man darf sich nicht nur stillschweigend erträumen, sondern muß den Menschen die Möglichkeit geben, einen Haushalt zu gründen. Ich pflege nicht gern von Christus zu reden, aber es ist hier damit be- gonnen worden, und da will ich Sie nur an die Begegnung Christi mit der armen Sünderin erinnern und sein Wort hier wiederholen: „Derleiere dich eher Reiter von Euch ist, werfe den ersten Stein auf sie.“ (Beifall Zustimmung links.)

Abg. Frau Dr. Däumer (Dem.) fordert in einem Antrage, daß die uneheliche Vater- und Mutterschaft als Disziplinarfall angesehen wird. Die Beamten müssen die Familie als Kulturstätte schützen.

Frau Abg. Kemik (U. Soz.): Von einer Rechtfertigung der freien Liebe ist in dieser Aussprache keine Rede. Die Liebe als Grundlage der Ehe ist bei den Nicht-Heirathenden weit mehr vorhanden als bei den Heirathenden. In diesen Kreisen heißt es: „Was hast Du, was bringst Du mit?“ Die Berufsorganisationen sollten sich um wichtigere wirtschaftliche Aufgaben, als um deartige Fragen kümmern.

Abg. Frau Meinde (D. Soz.) vertritt den Standpunkt des Reichs- verbandes der Post- und Telegraphenbeamtinnen, der die Diszipli- nierung wegen unehelicher Mutterschaft von Fall zu Fall repon- dieren will. Die Entschließung der Demokraten, die auch die disziplinarische Verfolgung der unehelichen Mutterschaft fordert, will sie dem Rechts- ausschuss überweisen.

(Schluß des Berichts auf der dritten Seite.)

Am den Achtfundentag.

Der Kampf für die Aufhebung des gesetzlich festgelegten Achtstundentages wird augenblicklich von Unternehmenseite sehr heftig geführt. Es muß zugestanden werden, daß unsere Lage eine Anspannung aller Kräfte erfordert und daß es not- wendig ist, die wirtschaftliche Produktivität Deutschlands bis zur Grenze seiner Leistungsfähigkeit zu heben. Wie das ge- schehen kann, ist jedoch eine andere Frage. Von bürgerlicher Seite ist des öfteren angeregt worden, der üblichen Arbeitszeit jeden Tag eine Arbeitsstunde hinzuzufügen, die auf das Konto der Intensivierung der deutschen Produktivität gebucht wird. So einfach die Rechnung im ersten Augenblick aussieht, daß eine einstündige Mehrarbeit pro Kopf der Bevölkerung im Jahr der deutschen Volkswirtschaft einen fünfunds großen Betrag Mehrwert einbringt, so bescheidend der Gedanke ist, die Arbeitskraft auf diese Weise für eine Stunde am Tage zu sozialisieren, so skeptisch muß man ihm gegenüberstehen, wenn man die Möglichkeit seiner praktischen Durchführung über- schlägt. Es ist dasselbe Problem wie bei der Durchbrechung des Achtstundentages. Immer bleibt es die Frage, ob eine Verlängerung der Arbeitszeit mit einer Mehrleistung gleichbedeutend ist.

Wäre das so, dann müßte der Wiederaufbau der russischen Industrie in einem fabelhaften Tempo fortschreiten. Dort hat man — aus durchaus ideellen Gründen — das Arbeitszeit- gesetz aufgehoben. Man hat zum Teil die zwölfstündige Ar- beitszeit dekretiert. Der Erfolg ist, soweit das dürftige Ma- terial ein Urteil zuläßt, gleich null. Gerade Rußland ist ein Beispiel dafür, daß sich mit Dekreten und Gesetzesbestimmun- gen allein die Volkswirtschaft nicht regeln und fördern läßt. Erste Voraussetzung für wirtschaftliche Erfolge ist die seelische Einstellung des Menschen, der nicht Objekt, sondern Subjekt der Volkswirtschaft ist. Das gilt in desto höherem Grade, je höher das Kulturniveau ist, auf dem der Mensch steht. Furcht, Mangel an Selbstbewußtsein und Willenslosig- keit mögen Eigenschaften sein, die die aus einer primitiven Zivilisationsperiode kommenden Massen zum willigen Sklaven des Kapitalismus und der modernen Arbeitsmaschine machen. Ein Arbeiter, der die Macht der freien gewerkschaftlichen Or- ganisation hinter sich fühlt, wird diese Triebfedern der Mehr- leistung von sich weisen. Er weiß, daß alles von seinem guten Willen abhängt, und dieser gute Wille ist das höchste Gut, das die Volkswirtschaft zu hüten hat. Man hat das nach dem großen Zusammenbruch gesehen, der den Ab- schluß leichtsinnig vergrudeter Kriegsjahre bildete. Die Ar- beitsleistung des Volkes fiel und näherte sich einer gewissen Gefahrgrenze, um dann mit einer ruhigeren Auffassung der Sachlage zu steigen. Man hat dieselbe Beobachtung in Ober- schlesien gemacht, wo Abstimmungsstöße und gewaltsame Ein- griffe von polnischer Seite die Leistung des einzelnen Arbeiters beträchtlich beeinflussten.

Diese Tatsachen, die am Anfang aller Erörterungen über die Arbeitszeit stehen sollten, werden leider von Unternehmenseite gänzlich außer acht gelassen. Ein Musterbeispiel für die Bedenkenlosigkeit und Oberflächlichkeit, mit der man auf dieser Seite gegen den Achtstundentag Sturm läßt, bildet eine Studie des Handelskammerpräsidenten D. Hoffmann*) der in äußerst geschickter ausgemachter Knittelre, einer aus- schließlich Zusammenstellung der wissenschaftlichen Vertreter einer verklärten Arbeitszeit, wie sie vor dem Kriege vor allem im Lager des liberalen Fortschritts zu finden waren, eine Sammlung der Erfahrungen folgen läßt, die man nach dem Kriege angeblich mit dem Achtstundentag gemacht hat. Er stützt sich hierbei fast ausschließlich auf Zitate aus dem „Ar- beitsgeber“ und auf die Berichte der preussischen Regierungs- und Gewerbedirekte und Bergbehörden, die vorläufig mit dem Jahr 1920 abschließen. Muß man die Objektivität des in- dustriellen Scharfmacherorgans von vornherein ablehnen, so sind die zitierten amtlichen Berichte bereits Objekt eines er- bitterten Kampfes in der Tagespresse gewesen. Jeder entnahm daraus, was ihm für seine Zwecke geeignet erschien. Wer jedoch die Berichte aufmerksam durchsieht, findet, daß sie für die Beurteilung des Achtstundentages so gut wie gar kein wissenschaftlich brauchbares Material liefern. Sie stehen gänzlich unter dem Eindruck jenes Zusammenbruchs, der eine Folge des Krieges war, und die Linie der aufsteigenden Pro- duktivität nimmt mit der Entfernung von den erschütternden Ereignissen mit erschauerlicher Kontinuität zu. Die spärlichen Berichte über die direkten Folgen des Achtstundentages sind pessimistisch in jenen Distrikten, in denen der Schwerindustrie und großagrarisches Einschlag zur Geltung kommt, optimistischer in den Bezirken liberaler Färbung. Es ist ein beschämendes Zeichen für den Tiefstand unserer Wissenschaft, daß Hoff- mann, der im ersten Teil seiner Studie beweist, daß man über kritisches Unvermögen bei ihm nicht klagen kann, diese Berichte zum größten Teil kritiklos aneinanderreicht und daß er mit völliger Einseitigkeit den negativen Urteilen den Vor- zug gibt.

*) Dr. rer. pol. D. Hoffmann, Arbeitsdauer und gewerbliche Produktion Deutschlands nach dem Weltkriege (Verlag von Ferd. Enke, Stuttgart, 1922).

In der gestrigen Sitzung des Reichstags wurden ohne we- sentliche Debatte in allen drei Lesungen folgende Vorlagen angenom- men: Ein Gesetzentwurf über die Regelung der Einfuhr; ein Ge- setzentwurf, der die Reichsregierung ermächtigt, die Sozialversiche- rung im Saargebiet im Wege der Verordnung zu regeln; ein Ent- wurf zur Änderung der Verordnung über Maßnahmen zur Sicherung der Fleischversorgung in der Uebergangszeit nach Aufhebung der Zwangsversorgung und der Gesetzentwurf über Änderung der Wohlfahrt nach der Reichsversicherungsordnung.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs über die Heranziehung der Frauen zum Schöffen- und Geschworenenamt.

Der Ausschuss hat beschlossen, daß nur solche Frauen die Beru- fung ablehnen dürfen, welche glaubhaft machen, daß ihnen die Für- sorge für ihre Familie die Ausübung des Amtes in beson- derem Maße erschwert. Außerdem hat der Ausschuss beschlossen, das Gerichtsverfassungsgesetz dahin abzuändern, daß auch Mitglieder reli- giöser Genossenschaften, Hebammen und Krankenpfleger, die Beru- fung verwerfen dürfen.

Die bürgerlichen Parteien und die Sozialdemokraten beantra- gen ferner einige Zusätze, die u. a. verlangen, daß mindestens ein Schöffe ein Mann sein muß. Die Deutschnationalen wollen, daß unter den Geschworenen mindestens sieben Männer sein sollen.

In der Debatte bezweifelt Reichsjustizminister Adbru- ch, daß der Antrag, wonach mindestens ein Schöffe ein Mann sein soll, praktisch durchführbar ist. Von der Annahme des Gesetzes erwartet er, daß an die Stelle eines reinen Männerrechts ein Menschen- recht treten wird.

Der Antrag, wonach mindestens ein Schöffe ein Mann sein muß, wird mit großer Mehrheit angenommen. Die Vorlage wird darauf gleich in dritter Lesung verabschiedet.

Nachdem auch noch das Gesetz über die Abänderung des Wein- steuergesetzes, wonach auf Antrag Müller-Franken (Soz.) die Wein- steuer auf 20 Proz. und die Schaumweinsteuer auf 30 Proz. erhöht wird, in zweiter, der Antrag auf Sicherung der ärztlichen Versiche- rung bei den Krankenkassen in allen drei Lesungen und der vor- läufige Handelsvertrag mit Jugoslawien in dritter Lesung angenom- men wurde, schließt das Haus die

zweite Lesung des Etats des Innern

fort. Abg. Frau Deansfeld (Zir.): Die uneheliche Mutter- schaft untergräbt den in der Verfassung festgelegten Familien- gedanken. Wir müssen das Volksempfinden erhalten, das in der unehelichen Mutterschaft einen Mafel sieht. Als Arbeitgeber müßte

Auf diese Weise ist es allerdings einfach, zu einer Ablehnung des Achtstundentages zu gelangen. Aber wissenschaftlich ist damit gar nichts bewiesen, und wir meinen, es ist besser, ein Urteil über die Vorzüge des Achtstundentages für eine Zeit zurückzustellen, in der normale Verhältnisse herrschen und in der das Material für die Bearbeitung aus reineren und reicheren Quellen fließt. Für den Augenblick halten wir es für wertvoller, die Diskussion auf eine andere Basis zu schieben. Es wäre zum Beispiel sehr verdienstlich, zu untersuchen, in welchem Verhältnis im Vergleich zu der Vorkriegszeit Lebenshaltung und Arbeitsleistung des einzelnen Arbeiters stehen. Vielleicht würde sich hieraus herausstellen, daß die Arbeitsleistung nicht in dem Maße wie die Lebenshaltung gesunken ist, vielleicht würde sich herausstellen, daß dem so ist trotz des Achtstundentages. Auch wir wünschen, daß jeder Arbeiter sein möglichstes leistet, um die Epoche des Verfalls möglichst schnell zu überwinden, aber wir wünschen nicht, daß der Arbeiter für den Kapitalisten weiter nichts ist als ein möglichst billiger Arbeitsflave, und wir glauben, daß hier die Interessen der Volkswirtschaft und des Arbeiters eins sind.

Das Echo der Konferenz.

Die bürgerliche Presse behandelt die Berliner Konferenz der drei Internationalen mit sicherem Instinkt. Wäre auf dieser Konferenz eine wirkliche Einheitsfront getreten, so rief sie heute aus Leibeskräften Alarm. Da aber davon nichts zu bemerken war, behandelt sie die Angelegenheit nur ganz oberflächlich und vorwiegend ironisch.

Schon daraus könnte die „Freiheit“ ersehen, daß man die Höflichkeit gegenüber den Verantwortlichen dieses Unternehmens nicht so weit treiben darf, im Zusammenhang mit ihm von einem „historischen Moment“ zu sprechen. Sonst aber kommen ihr freilich Erkenntnisse, von denen man wünschen möchte, daß sie ihr schon früher erreichbar wären, so z. B. wenn sie schreibt:

Diese Gegensätze sind auch heute nicht überbrückt, können noch nicht überbrückt sein, weil das Zusammenfügen einmal gespaltenen Organisationen ein unvergleichlich schwierigeres Ding ist als ihre Spaltung. Diese Feststellung sei vor allem deshalb gemacht, um jene Ungebildigen zu zügeln, welche glauben, daß man die Einheitsfront des internationalen Proletariats von heute auf morgen schaffen könne. Nichts wäre verfehlter, als jener halb-militaristischen Einstellung, die sich insbesondere auf dem äußersten linken Flügel findet, zu folgen, daß man die proletarischen Massen wie auf dem Egerzierplatze kommandieren könne: heute Spaltung und Zertrümmerung um jeden Preis, morgen Zusammenstoß und Schöpfung einer einheitlichen proletarischen Front!

Trotzdem meinen wir, daß für die wirkliche proletarische Einheitsfront mehr geschehen könnte, wenn sich die Wiener Arbeitsgemeinschaft mit der 2. Internationale und der internationalen Gewerkschaftsbewegung fester zusammenschließen. Wie wenig die 3. Internationale in ihrem heutigen Zustand geeignet ist, Teilhaberin an einer christlichen Einigung zu werden, zeigt schon ein Blick in ihr Berliner Organ, die „Rote Fahne“, die in der Kunst, die Dinge auf den Kopf zu stellen, mehr als Menschenmögliches leistet. Da liest man:

Ferner ist als Erfolg unseres Drängens festzustellen, daß die beiden internationalen Gewerkschaftsorganisationen die Besprechungen über die Erhaltung und Wiederherstellung der gewerkschaftlichen Einheitsfront aufnehmen werden. In diesen Besprechungen wird sich zeigen, daß die Rote Gewerkschaftsinternationale bereit ist, das ihre zu tun, damit ein gemeinsamer Kampf gegen die Bourgeoisie auf wirtschaftlichem Gebiete geführt werden kann. Die Amsterdamer werden gezwungen sein, entweder ihre Spaltungspolitik, die sie jetzt betreiben, aufzugeben, oder sich um jeden Kredit bei den arbeitenden Massen zu bringen.

Es gibt eine Sorte von Frechheit, die durch Humor veredelt wird. Also die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale ist es, die die Gewerkschaften spaltet! Das Lamm frißt den Wolf, die Maus frisst die Kage,

aus dem Huhn wird ein Ei. Ja, warum sollte es solche Wunder nicht geben, wo man doch ein anderes lebhaftig erlebt: Die Kommunisten suchen jetzt schluchzend die Bruderbrust der „Jubasse“, der „Arbeiterverräter“! Und wenn die „Jubasse“ und „Arbeiterverräter“ von der 2. Internationale darob den Kopf schütteln und an das Wandlungswunder nicht recht glauben, dann „fabotieren“ sie die Einheitsfront des Proletariats. — Geht doch, ihr Hanswürste!

„Wie gespart wird“.

Deutschnationaler Kampf gegen Flüchtlingunterstützung.

Jetzt läuft ein Artikel durch die rechtsstehende Presse, dessen Spitze sich in recht jugendhafter Weise gegen den Reichsminister Dr. Köster wendet. Genosse Köster hat seinen Etat aus eigenem Antrieb ganz erheblich abgebaut. Daß ein Teil der Beamten, insbesondere der reaktionäre Teil, davon nicht erbaut ist, ist zu verstehen.

Dem Minister wird nun vorgeworfen, daß er auf der einen Seite spare, auf der anderen überflüssigerweise Mittel zur Verfügung stelle. Den Beweis erbringt man darin, daß der Etat des Reichskommissars für Zivilgefangene und Flüchtlinge von 58,6 Millionen auf 230 Millionen Mark erhöht worden ist. Daß man die Behauptung aufstellt, die Erhöhung sei nur erfolgt, weil der Minister Köster und der Reichskommissar Stüden Parteigenossen sind, sei nur nebenher erwähnt, denn an derartige Drosselungen ist man nachgerade gewöhnt. Auf die Idee ist der Verfasser des Artikels freilich nicht gekommen, daß diese Erhöhung lediglich darauf zurückzuführen ist, daß der Flüchtlingsstrom größer und die Verpflegung teurer geworden ist.

Wie wenig Verständnis die rechtsstehenden Herrschaften für das Flüchtlingswesen haben, ergibt sich wohl am besten daraus, daß sie behaupten, in den Flüchtlingslagern würde zu viel Personal verwendet. Kann man vielleicht in einem Lager, das ständig mit mindestens 3000 Menschen belegt ist, mit weniger als 1 Arzt, oder mit weniger als 1 Lazarettverwalter, oder bei einem großen Pferdebestand mit weniger als 1 Futterverwalter, oder bei dem umfassenden landwirtschaftlichen Betrieb mit weniger als 1 landwirtschaftlichen Betriebsleiter auskommen? Schon hieraus geht hervor, in welcher dummrediger Weise zum Angriff gegen den Minister ausgeholt worden ist.

Es werden weiter den Ausgaben für das Flüchtlingswesen die Ausgaben für das Reichsarchiv und die Ausgaben für das Reichswanderungsamt gegenübergestellt. Im Reichsarchiv wird die große Anzahl ehemaliger Offiziere, die dort tätig sind, mit Recht etwas abgebaut, und über das Reichswanderungsamt besteht in der Dessenitätlichkeit eigentlich nur eine Meinung, nämlich die, daß es so rasch als möglich verschwinden sollte. Man darf also ruhig feststellen, daß die gleiche rechtsstehende Presse, die in heuchlerischer Weise immer warme Worte für die Flüchtlinge findet, darüber zeter, wenn zum Unterhalt der Flüchtlinge höhere Summen ausgeworfen werden. Wenn es nach diesen Menschenfreunden ginge, dann müßte man die Flüchtlinge hungern und elendig verkommen lassen.

Gegen das Umlageverfahren.

Planmäßige Versuche, die Volksernährung zu zerstören.

Der engere Vorstand des Reichslandbundes befaßte sich, wie die „Telegraphen-Union“ meldet, in seiner gestrigen Sitzung mit der Umlagefrage. Er stellte erneut die Undurchführbarkeit (?) einer irgendwie gestalteten Umlage an landwirtschaftlichen Erzeugnissen fest und beschloß, seine Mitglieder aufzufordern, sich jeder Mitwirkung, auch bereits bei den Vorarbeiten für ein allgemeines Umlageverfahren, zu enthalten. Die Durchführung einer Umlageverföhrung werde gegen den Willen der organisierten Land-

wirtschaft unmöglich sein. Die Deckung des Brotgetreidebedarfs für die Bevölkerung sei unter den gegebenen wirtschaftlichen Verhältnissen nur durch den freien Verkehr möglich.

Die Mehrheit der Bevölkerung Deutschlands ist anderer Meinung. Sie verspürt den „Segen“ der freien Wirtschaft deutlich genug am eigenen Leibe. Deswegen werden sich wohl auch ohne den Reichslandbund Mittel und Wege finden lassen, um die Umlagefrage sachlich richtig, das heißt im Interesse des Volkes, zu erledigen.

Agrariervorstoß im Landtag.

Im Landtag traten gestern die Großagrarien zum Sturm an und da es sich um das Schlagwort von der freien Wirtschaft handelte, konnten sie auf die Gefolgschaft der schwerindustriellen Volksparteier zählen. Beide mußten sich mit blutigen Köpfen zurückziehen. Ein deutschnationaler Antrag forderte die Beseitigung der Getreideumlage und die Einführung der freien Wirtschaft für Getreide. Der Antrag wurde unter dem Beifall der Linken in namentlicher Abstimmung mit 238 gegen 69 Stimmen abgelehnt. Ein weiterer Antrag der Volkspartei, der im Prinzip auf dasselbe herauskommt, konnte die Situation für die Deutschnationalen nicht mehr retten. Auch er wird abgelehnt, wenn sich auch ein Teil der Bürgerlichen inzwischen anders besonnen hatte, so daß das Stimmenverhältnis jetzt 181 gegen 129 für den Antrag ist. Bedauerlich ist es, daß ein sozialdemokratischer Antrag, der die Kündigung und Räumung von Wohnungen, die Landarbeiter auf Grund von Dienstverträgen innehaben, von der vorhergehenden Genehmigung der Mietseinsparnisse abhängig machen will, abgelehnt wird. Man weiß ja, wie robust zum Teil das Wohnrecht der Arbeiter auf dem Lande gehandhabt wird.

Eine Novelle zum Berggesetz, nach der die Zahl der gewerkschaftlichen Anteile (Kuxe), die regelmäßig 100 beträgt und bisher durch die Zahlung mit Genehmigung des Oberbergamtes auf 1000 bestimmt werden konnte, nunmehr auch auf ein Vielfaches von 1000, höchstens jedoch auf 10 000 festgesetzt werden kann, wurde in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Freitag, 12 Uhr: Abstimmungen zum Bestützetat, Erhöhung der Abgeordnetenlöhne, Domänenetat.
Schluß 6 Uhr.

Ein Wuchergesetz.

Der Volkswirtschaftsausschuß des Reichstages legte am Donnerstag die Beratung des Gesetzesentwurfes über die öffentliche Bekanntmachung von Verurteilungen wegen Preistreiberi, Schleichhandels, verbotener Ausfuhr usw. fort. Ein Antrag des Unterausschusses empfiehlt die Annahme der Vorlage mit einigen Änderungen und schlägt folgende Entschlieung vor: Die Wucherverordnung soll möglichst bald eine so klare Kennzeichnung der Tatbestandsmerkmale des Preistreibens erfahren, daß eine objektive Feststellung der Zuwiderhandlungen ermöglicht ist, insbesondere soll ein Preiswucher nicht vorliegen, wenn der Preis der Marktlage entspricht. Die Wiederaufnahme des Verfahrens gegenüber dem Verurteilten soll erleichtert werden. Vor Erhebung der Anklage sollen frühzeitig Sachverständige hinzugezogen werden, die umschicht von Handelskammern, Handwerks- und Landwirtschaftskammern ernannt werden und die auch gehört werden sollen, wenn es sich um die Fernhaltung unzuverlässiger Verleihen vom Handel dreht. — Nach längerer Debatte wurde ein sozialdemokratischer Antrag, in dem die Reichsregierung ersucht wird, allen Gehalts- und Renteneinempfängern ein der Preissteigerung entsprechendes Reineinkommen zu sichern, abgelehnt, der Gesetzesentwurf nach den Beschlüssen des Unterausschusses angenommen.

Die Belgierherrschaft in Duisburg. Die Duisburger belgische Garnison ist nunmehr auf Anforderung des Generals Douroin durch ein Infanteriebataillon, eine Maschinengewehrkompanie, eine Batterie Artillerie, etwas Kavallerie und einige Tausend der bei München-Stadbach liegenden 9. belgischen Division verstärkt worden. Die Truppen wurden auf Lastkraftwagen nach Duisburg transportiert. — Der Militarismus, ganz gleich in welchem Tuch, leidet immer unter Angst vor waffenlosen, friedlichen Bürgern.

Der rechte, stramme, gottgeliebte Sub.

(Aus Ernst von Wolzogens Lebenserinnerungen.)

Den guten Ernst von Wolzogen hat es nun auch erreicht: er hat seine „blauäugige, blaublütige Einsalt“ erndet und sich zu den Antisemiten geschlagen. Seine unter dem Titel „Aus meinem Leben“ seit vielen Wochen durch Westermanns Zeitschrift beherrschenden Lebenserinnerungen überraschen durch augenfällige, gesuchte antisemitische Einstellung — das einzige übrigens, wodurch sie, in ihrer sonstigen geschwähigen Belanglosigkeit, allenfalls überraschen.

Mit der Einseitigkeit, wie sie dem antisemitisch Befangenen eignet, stellt Wolzogen Zusammenhänge her zwischen den gelegentlichen Mißerfolgen seines Lebens und den Juden nach dem Schema: erst der Mißerfolg und dann, aha, die Juden, oder: erst die Juden und dann, aha, der Mißerfolg! Die Geschichte seines verunglückten „Heberkreises“ sowie seine unglückliche Ehe nutzt unser Chronist reichlich aus, um den Juden, und immer wieder den Juden, eins zu verlesen: den Juden als Menschen, den Juden als Künstlern, den Juden als Anwälten. Wir lesen von der sattem bekannten „jüdischen Gerissenheit“, von der „jüdischen Intelligenz, die sich mit Vorliebe auf den Anwaltsberuf stürzt“ und „im Heberkreise des Gesetzes ihr Vergnügen findet“; wir erfahren staunend, daß es neben diesen Anwälten „jüdisch-gerissener Intelligenz“ auch „germanische (!) Anwälte“ gebe, die jedoch durch andauerndes Verlieren von Prozessen eine Art von „trauriger Berühmtheit“ erlangen. Der heronwachsenden Jugend endlich, auf die er seine ganze Hoffnung setzt, hinterläßt Ernst von Wolzogen als letztes „Vermächtnis“ den warnenden Zuruf: „Deine gefährlichsten Feinde — die Engländer und die Juden!“ (Märzheft der Westermannschen Monatshefte, S. 62.)

Soweit die „blauäugige, blaublütige Einsalt“ unseres Ernst von Wolzogen — deselben von Wolzogen, der eine Seite vorher über die „Wundwütlige Berranntheit“, den „Partisanaktivismus“ seines zerrissenen, sich selbst zerfleischenden Vaterlandes jammert; deselben von Wolzogen, der, einige Absätze weiterhin, die Bornehmtheit als die Tugend aller Tugenden“ so ergreifend anempfehlte.

Jedenfalls: in der Kunst, jüdische Zusammenhänge aufzudecken, hat es Ernst von Wolzogen bereits zu einiger Fertigkeit gebracht. Aber auch in der anderen, für Antisemiten nicht minder erforderlichen Kunst zeigt er sich anstellig: ich meine die Kunst des Schimpfens. Der einstige Fürsprecher der heiteren, graziösen Muse schimpft ganz aus der Maske vierkantig. „Blut- und temperamentslose Schämmerlinge!“ „Alte Weiber!“ „Dredseelen!“ Und auf wen, um Himmels willen, schimpft er so erbärmlich? Auf die Schieber? Die Wucherer? Nichts von alledem: auf die Pazifisten. „Mur Dredseelen“, schimpft er, „kann in das widerliche pazifistische Gewissen einfließen!“

Mit diesem lapidaren Urteil ist, glaube ich, alles gesagt — freilich, nicht sowohl über Ernst von Wolzogen und die Pazifisten, als vielmehr über den geistigen Niedertief bestimmter, bisher „führender“, Kreise Deutschlands. Schwänden Maß und Gerechtigkeit nicht mehr und mehr aus der öffentlichen Rede, ein so maßloses, ungeordnetes, stumpfes Wort aus dem Munde eines nicht mehr jungen Menschen schiene unsehbar. Vor dem Kriege wäre es seinem normalen Menschen beigegeben, die Pazifisten zu beschimpfen. Man konnte über sie die Köpfe jucken, sie verhöhnen; man konnte sie abfeuern, sie Phantasten heißen, Ideologen, Schwärmer: aber „Dredseelen“? — Der ewige Friede ein Traum? Gut; aber sind wir soweit herunter, daß wir einander auch die Träume bespeien? . . .

Das Erlebnis des Krieges muß übrigens eine starke Umwälzung in Wolzogen herbeigeführt haben, wenn er, derselbe Wolzogen, der anfangs der Vorkriegszeit die zum mindesten stark antimilitaristische einbräusvolle Novelle „Fahnenstuch“ dem kaiserlichen Deutschland anbot, heute die Pazifisten „Dredseelen“ zu schimpfen sich für berechtigt hält. Damals antimilitaristische, heute antipazifistische seelische Grundstimmung! Was für ein beneidenswerter Zug in Weltanschauungen!

Was für Ideale aber verfißt Wolzogen jetzt? Er schreibt: „Wer die erhebende Größe des Krieges nicht zu empfinden vermag, der ist niemals — ein rechter Sub gewesen.“ Und weiter: „Aus dem ältesten Mann wird (durch den Krieg) — der Sub wieder herausgeholt.“ „Im Kriege wird seine Lust finden, wer jemals — ein rechter, strammer, gottgeliebter Sub war.“ Dies sind die Gedanken eines vernunftbegabten, normalen, ausgewachsenen Menschen angesichts des Krieges, angesichts dieses Krieges! Das pausbacliche Idealbild des „rechten, strammen, gottgeliebten Sub“ soll leben; und damit es leben bleibe, sollen dann und wann einige Millionen Menschen aus Messer. Und nun sage nochmal einer was gegen den Krieg.

An Ernst von Wolzogen hat der Krieg ein Wunder getan: er hat tatsächlich den „Sub“ aus ihm herausgeholt. Beneidenswerter Dichter, dem es vergönnt ist, an der blutriesenden Hand des Krieges zurückzufinden ins Land des Kindes! Georg Walther.

„Brüder in Not!“

Eine Heise, eine furchtbare Scham erweist einen! Ist man noch Mensch? Sind das Menschen, diese Geschöpfe um einen herum? Können menschliche Gewissen die Schuld ertragen, daß 15 Millionen ihresgleichen irgendwo dort draußen, in irgendeiner Entfernung von einigen Kilometern oder einigen hundert Kilometern — was spielt das für eine Rolle — kerben, sterben des entsetzlichen, martervollen Hungertodes, während hier hinter den glitzernden Spiegelscheiben die erleuchteten Deckentafeln von genau den gleichen Wesen verpelt werden!

Man kommt aus dem Saal des Herrenhauses, erfüllt mit Grauen ob der Bilder, die dort in Worten und Photographien entrollt werden, von Menschen, denen Ergreifendheit, ja Entsetzen vor dem Erlebten unaussprechlich auf den Gesichtern steht — und sieht die Besze, die Brillanten, die Seiden und die Spitzen, deren jedes mehrere Menschenleben bedeutet. Menschenleben, die wertvoller, weil arbeitsvoller und weil menschlicher sind. Denn wer von den Trägern oder Trägerinnen dieser Kostbarkeiten würde, selber verhungern, die lärglichen Nahrungsgeldern kilometerweit zur gemeinsamen Speisung tragen, ohne sich einen Pfennig davon zu gönnen, wie dieses seit Monaten täglich in den Städten und Dörfern des hungernden Gebietes geschieht! Wer wagt sich hier der gleichen Menschlichkeit zu rühmen?! Wer wagt es mit ruhigem Gewissen, also auf also frei anzusehen, sich zu mästen, sich mit Kostbarkeiten zu behängen und zu wissen, wie feinesgeleichen sterben?! Wenn da das Gewissen nicht schlägt, wer diesen Gedanken erträgt, den muß man man auf-rütteln, dem muß man den Gedanken zu Bildern machen, vor denen er keine Ruhe mehr haben soll!

Auf die Fenster all der Läden, auf die Wände der Restaurants und Bars, an die Türen der Billen und der Autos nebären die Bilder der Verhungerten und vor Hunger Sterbenden! Nicht einige Geldscheine, nicht eine Spende, die der Rechnung eines Abends im Nachtlokal entspricht, dürfen das Gewissen beschwichtigen! Auch nicht die Namensunterschriften unter die Aufrufe, die in so schöner Reihenfolge mit Anführung sämtlicher Titel aufgezählt sind!

Wer hat sich eine Notwendigkeit — aha, so gut entbehrliche — „Notwendigkeit“ verlag, um der „Reichsversammlung Brüder in Not“ auf das Volksscheckkonto 65 600 aus voller Hand zu geben! Was die Barmherzigkeit nicht erreicht, das mögen die Bilder des Grauens erzwingen, die Entsetzen in jedes menschliche Herz brennen. C.

Zu wenig Zahnärzte! So sehr die Zahl der Zahnärzte auch in letzter Zeit, besonders in den großen Städten zugenommen hat, so gibt es doch tatsächlich noch viel zu wenig Zahnärzte, wie aus einer Statistik in der Monatshefte für Zahnheilkunde hervorgeht. Ende 1919 übten 4478 Zahnärzte in Deutschland Praxis aus, ein Drittel davon in den sieben Großstädten über 500 000 Einwohner, die Hälfte der Gesamtzahl in Orten über 100 000 Einwohner. Die kleinen Orte und das flache Land sind sehr viel schlechter mit Zahnärzten versorgt. 209 Zahnärzte praktizierten in Orten unter 5000 Einwohner; doch haben sich die Verhältnisse für diese Kleinstädte gebessert, da es 1909 erst 59 waren. Diese Verbesserung wird in den nächsten Jahren noch zunehmen. In Preußen sieht die Provinz Brandenburg mit einem Zahnarzt auf 6840 Einwohner am günstigsten dar, am ungünstigsten Ostpreußen mit einem Zahnarzt auf 23 600 Einwohner. Das Zahlenverhältnis zwischen Zahnärzten und Technikern ist an großen und kleinen Orten ungleich das gleiche, während die Techniker in mittleren Orten noch die Ueberhand haben. In Deutschland kommt ein Zahnarzt auf 13 300 Einwohner. Verschiedene Länder sind aber sehr viel besser gestellt. So kommt in Frankreich ein Zahnarzt auf 10 000 Einwohner, in der Schweiz auf 8200, in England auf 7500, in den Vereinigten Staaten auf 2200. Sachverständige vertreten die Ansicht, daß mindestens ein Zahnarzt auf 4500 bis 5000 Einwohner gerechnet werden muß, wenn eine durchgreifende Zahnpflege der Bevölkerung möglich sein soll.

Die deutsche Genua-Delegation.

Die deutsche Delegation zur Genua-Konferenz ist wie folgt zusammengesetzt:

Delegierte: Dr. Birkh, Reichskanzler; Dr. Rathenau, Reichsminister des Auswärtigen; Dr. Hermes, Reichsfinanzminister; Schmidt, Reichswirtschaftsminister.

Revisorvertreter: Reichskanzler: Dr. Hemmer, Staatssekretär. Auswärtiges Amt: Dr. v. Simson, Staatssekretär, Generalkommissar der Delegation; Freiherr v. Malhan, Ministerialdirektor; Dr. Gaus, Wirkl. Leg.-Rat; Dr. Ritter, Vortr. Rat. Presseabteilung der Reichsregierung: Müller, Ministerialdirektor; Dr. Drechsler; Dr. Kühn; Freiherr v. Tucher, Legationssekretär. Reichsfinanzministerium: Dr. Schroeder, Staatssekretär Norden, Geh. Reg.-Rat; Dr. Dorn, Ministerialrat. Reichswirtschaftsministerium: Dr. Hirsch, Staatssekretär, Professor; Dr. Böwe, Reg.-Rat. Reichsarbeitsministerium: Dr. Weigert, Geh. Reg.-Rat; Dr. Berger, Reg.-Rat. Reichsverkehrsministerium: Stieler, Staatssekretär. Reichsbank: Dr. Haenlein, Präsident; Dr. Nordhoff, Direktor.

Sekretariat: Dr. Ritter v. Weisel, Staatsrat; Fellingner, Geh. Reg.-Rat; Dr. Kiep, Legationssekretär. Hierzu kommt noch das erforderliche technische Personal.

Mit führenden Persönlichkeiten des deutschen Wirtschaftslebens, die als Sachverständige nach Genua gehen werden, sind noch Besprechungen im Gange. Die Namen stehen noch nicht endgültig fest.

Das Abkommen mit der Tschechoslowakei.

Die vor einiger Zeit in Berlin begonnenen Verhandlungen über einige Fragen betreffend die Durchführung des deutsch-tschechoslowakischen Wirtschaftsabkommens sind gestern beendet worden und haben trotz der schwierigen Materie dank dem Entgegenkommen beider Parteien zu einem befriedigenden Ergebnis geführt. Die getroffenen Vereinbarungen werden nach Ratifizierung des Wirtschaftsabkommens durch das tschechoslowakische Parlament in Kraft treten. Dann werden zur Erledigung noch anderer schwebender Fragen, die die Ausführung des Abkommens notwendig macht, neue Verhandlungen aufgenommen werden.

Neue Scharfmacherreden in Paris.

Paris, 6. April. (W.F.B.) Die Kammer setzte heute nachmittags die Debatte über die Militärreform fort. Der Abgeordnete de Cassagnac erklärte, er habe den Wunsch gehabt, die Militärkosten Frankreichs soviel wie möglich zu verringern. Aus diesem Grunde habe er sich in Deutschland an Ort und Stelle unterrichten wollen. Er sei zurückgekommen mit der Überzeugung, daß die 18monatige Dienstzeit eine Notwendigkeit sei, und daß man unmöglich einen vermittelnden Gesetzentwurf annehmen könne. Die Sinneseit Deutschlands habe sich nicht gewandelt, die revolutionäre Bewegung in Deutschland könne nicht verglichen werden mit jener, die Frankreich während der Revolution bewegte. In dieser falschen Republik gebe es keine wirklichen Republikaner. (Herr de Cassagnac war bis vor kurzem selbst noch ein eingefleischter Bonapartist. Sein Urteil über die deutsche Republik ist aber vollständig wertlos. Red.) Deutschland habe eine neue Mobilisierung (!) vorbereitet, und nach der Abreise der Kontrollkommission werde alles möglich werden. Der Abgeordnete Le Proost de Ranay, der Paul de Cassagnac auf seiner Reise durch Deutschland begleitete, bestätigte dessen Erklärungen und verliest eine Anzahl Dokumente, die er aus Deutschland mitgebracht hat. Diese Dokumente sollen beweisen, daß Deutschland seine militärischen Vorbereitungen und seine Bewaffnung mit Geschwindigkeit fortsetze, trotz der Beobachtung durch die Kontrollkommission. Ministerpräsident Poincaré unterbricht: Ich habe tatsächlich erfahren, daß der Abgeordnete in Berlin sehr wichtige Auskünfte über die deutschen Rüstungen erhalten hat. Ich habe jedoch guten Grund, anzunehmen, daß er keine offiziellen Dokumente in Händen hat. Wie dem aber auch sei, ich habe gesagt und werde es zu jeder Stunde wiederholen, daß alle Anstrengungen der Kommission Nulles auf den Widerstand Deutschlands stoßen.

Wer hat den elektrischen Funken entdeckt? Ueber den Entdecker einer so ungeheuer wichtigen Erscheinung wie des elektrischen Funkens werden noch immer falsche Angaben gemacht. Bald liest man, der englische Physiker Hounsbee habe ihn zuerst gesehen, und andere wieder sprechen dem Erfinder der Luftpumpe, Otto v. Guericke, den Ruhm zu, mit seiner rotierenden Schwefelkugel die erste unvollkommene Elektrifizierung geschaffen und so die ersten Funken künstlich erzeugt zu haben. Aber nichts bietet dafür einen Anhalt, daß Guericke bei seinen Versuchen bereits diese Erscheinung beobachtet. Vielmehr hat, wie in „Reclams Universal“ ausgeführt wird, niemand anders als der große Philosoph Leibniz das Anrecht darauf, den elektrischen Funken entdeckt zu haben. Er machte im Jahre 1671 daraus bezügliche Mitteilungen in einem Brief, der verloren gegangen ist. Doch Leibniz in diesem Schreiben aber von dem elektrischen Funken spricht, geht aus der erhaltenen Antwort Guericke vom 1. März 1672 hervor. Guericke schreibt darin, er habe an der Schwefelkugel keine Wärmeeentwicklung verspürt; wohl habe er aber die Funken gesehen, doch handle es sich dabei um eine Eigentümlichkeit der Schwefelkugel, unter gewissen Umständen im Dunkeln zu leuchten. Guericke stand also der Leibnizschen Beobachtung zweifelnd gegenüber und dachte wohl gar an einen Irrtum. Dabei hatte er sowohl das knisternde Geräusch beobachtet, das man hört, wenn man die geriebene Kugel dem Ohre nähert, als auch die abstoßende Wirkung der Elektrizität richtig gedeutet. Wertwürdigerweise aber war ihm die Entdeckung des elektrischen Funkens entgangen, und sie erfolgte durch Voltniz.

Die erstmalig lächelnde Sonne. Die „Bosn. Ztg.“ hat einen Sonderdienst in Genua eingerichtet und läßt sich durch direkte telefonische Verbindung die interessantesten Dinge berichten. Da vorläufig nichts zu berichten ist und in der braun gewordenen Presse die Phantasie Wippchens verpönt ist, verlegt sich der Korrespondent (bitte mit direktem Draht) auf die merkwürdigsten Entdeckungen. Er beginnt seinen ersten Bericht vielversprechend also: „Nach langen regnerischen Wochen lächelt erstmalig über dem noch aufgewühlten Meer die Rivierafonne.“

Hermes Genua. Wäre der Sonderdienst der „Bosn.“ nicht eingerichtet, wer weiß, ob dann die Sonne schon erstmalig lächelt hätte!

Ein Wilhelm. Schwab-Breis. Die Zeitschrift für physikalische Chemie“ wolle zum Gedenken ihres hundertsten Bandes einen Preis von 20 000 M., der nach dem Tode der Heilfürst den Namen „Wilhelm-Schwab-Breis“ führe, und an Verfasser besonders wertvoller Abhandlungen vergeben werden soll.

Frank Deutsch wurde für die nächste Spielzeit für das Theater in der Königsberger Straße verpflichtet. Als erste Rolle ist „Admiral Wilson“ in der geplanten Reminiscenz von Grillparzer's „Jüdin von Toledo“ in Aussicht genommen.

Direktor Anton Herrnsfeld ist z. B. im Theater Rolles Caprice mit der Angemessenheit von zwei seiner besten Stücke aus seinem Repertoire beschäftigt, deren Ausführung demnächst stattfindet.

Leo Blech nach Wien? Gegenwärtig sind Verhandlungen im Gange, um den Berliner Generalmusikdirektor Blech während der Abwesenheit Weingartners als Leiter der Wiener Volksoper im kommenden Winter für einige Monate zu gewinnen.

Über die Mission der Kommission wird fortgesetzt, und sie wird fortgesetzt werden, solange wir nicht die Sicherheit haben, daß die Entwaffnung Deutschlands endgültig ist.

Le Proost spricht auch von der Schutzpolizei, die an Randorten teilnehmen soll, die von Reichspolizisten befehligt werden. (1) Schließlich stimmte die Kammer mit 342 gegen 247 Stimmen dagegen, daß der Antrag von der Kammer weiter in Betracht gezogen werde. Der Zusatzantrag des Abgeordneten D'Isola, der vorschlägt, die Dienstzeit auf ein Jahr festzusetzen, aber für die Jahresschiffe 1921 die zweijährige Dienstzeit, für die Klassen 1922, 1923 und 1924 die 18monatige Dienstzeit beizubehalten, wird nach einer Debatte mit 320 gegen 237 Stimmen abgelehnt.

Monarchistenkundgebung in Wien.

Wien, 6. April. (Antel.) Heute vormittag fand in der Stephanskirche ein Requiem für den verstorbenen Erzherzog Karl statt. Der Bundeskanzler Schöberl und mehrere Minister sowie sämtliche christlichsozialen Abgeordneten waren zugegen. Nach Beendigung des Trauergottesdienstes bildete sich ein Zug, der sich auf den Graben begab und dort Hochrufe auf „Kaiser Otto“ ausbrachte. Ansprachen wurden gehalten und das Kaiserlied gesungen. Der Zug zog nach der Hofburg, die jedoch abgesperrt war. Hierauf begaben sich die Demonstranten zum Parlament, das durch ein starkes Aufgebot bewacht wurde. Eine Delegation, die vom Präsidenten des Nationalrates empfangen wurde, forderte, daß für den verstorbenen Erzherzog ein Nachruf verlesen und auf dem Parlamentsgebäude die Trauerflagge gehißt werde — ein Ansuchen, das abgelehnt wurde. Einige Teilnehmer der Demonstration wurden verhaftet.

Im Nationalrat interpellierte Genosse Deuthner die Bundesregierung wegen der Teilnahme Schöbers an der Seelenmesse, die in der antirepublikanischen Presse im voraus als monarchistische Demonstration angekündigt worden war. Während der Rede Deuthners kam es wiederholt zu stürmischen Zwischenfällen. Bundeskanzler Schöberl versicherte in seiner Antwort, seine Treue zur republikanischen Staatsform sei nicht in Frage zu stellen.

Das Budapest Attentat.

Verhüllung der Untersuchung.

Wien, 6. April. (Antel.) Wie das Blatt „Nöb“ erfährt, hat die Polizei positive Kenntnis davon erhalten, daß der eigentliche Urheber des Budapest Bombenattentates der Automobilhändler Bibó ist, der auch als Haupttäter in Frage kommt. Bibó ist Mitglied des Detachements Prónay und auch an der Ermordung des sozialistischen Redakteurs Somogyi beteiligt gewesen. Der Polizei wurden auch genaue Angaben darüber gemacht, daß die Höllenmaschine, die die Explosion hervorrief, in der Automobilwerkstatt Bibós angefertigt worden ist. Die mit der Durchführung der Untersuchung beauftragten Beamten wurden jedoch von vornherein angewiesen, daß gegen Bibó keine Untersuchung geführt werden dürfe. Die Budapest Morgenzeitungen vom Mittwoch, die über die offensichtliche Verhüllung der Untersuchung gegen die Urheber des Attentates berichtet hatten, durften auf Weisung des Grafen Bethlen nicht nach dem Zustande perspektiviert werden und wurden auf den Bahnhöfen beschlagnahmt.

Die sozialdemokratische Parteileitung hat in einer Sitzung eine Entschließung angenommen, in der erklärt wird, daß das in Budapest verübte Attentat politische Zwecke verfolgte und nur ein Glied in der Kette jener zusammenhängenden Verbrechen sei, die in Ungarn im Laufe der verflochtenen 2 1/2 Jahre begangen wurden. Das Attentat sei eine Antwort auf die Bestrebungen der Regierung, die Wahlbewegung mit ungesetzlichen Mitteln zu beeinflussen.

Keine Wahlen in Sachsen.

In der gestrigen Sitzung des sächsischen Landtages wurden die von den Deutschnationalen und den Demokraten eingebrachten Anträge auf Auflösung des Landtages mit den Stimmen der Sozialisten und Kommunisten abgelehnt.

Die Geschäftsordnung des Reichstags.

Der Geschäftsordnungsausschuß des Reichstags beriet am Donnerstag die zweite Lesung der Revision der Geschäftsordnung. Die neue Geschäftsordnung soll sofort nach dem Wiederzusammentritt des Reichstags nach Ostern im Plenum beraten werden. Nach dieser neuen Geschäftsordnung wird die Redezeit auf 1/2 Stunden bemessen. Die Disziplinarmittel werden dadurch verhärtet, daß bei Zuwiderhandlungen gegen die Geschäftsordnung im ersten Falle ein Disziplinarverbot von 3 Tagen, in Wiederholungsfällen von 20 Tagen eintreten kann. Die Mehrheit des Geschäftsordnungsausschusses hat sich vorbehalten, noch stärkere Maßnahmen zu beantragen, falls diese unzureichend sein sollten. Die Frage der Herbeirufung von Ministern und die Frage der Mißtrauens- und Vertrauensvoten wird neu geregelt. Letztere in der Weise, daß Änderungsanträge zu einem Mißtrauens- oder Vertrauensvotum nicht mehr zulässig sind, sondern solche Anträge als selbständige Anträge eingebracht werden müssen.

Der Vorkonferenzrat des Reichstages beschäftigte sich am Donnerstag mit einem von allen Parteien gestellten Antrag wegen Erhöhung der Diätenbezüge der Abgeordneten. Diese Frage soll in Uebereinstimmung mit dem preussischen Landtag geregelt werden. Der Vorkonferenzrat wird sich morgen nochmals mit dieser Frage beschäftigen. Der vom Abg. Böbe mit Unterstützung fast aller Parteien eingebrachte und auf der Tagesordnung der heutigen Plenarsitzung stehende Antrag, worin die Regierung um beschleunigte Einbringung eines Gesetzentwurfes zur Abhilfe der wirtschaftlichen Not der Zeitungen ersucht wird, wird erst morgen im Plenum besprochen werden. Präsident Löbe wird ihn selbst begründen.

Sozialpolitik der Sozialdemokratie.

Im Hauptauschuß des Reichstages wurde am Donnerstag bei der Beratung des Etats des Reichsarbeitsministeriums eine sozialdemokratische Entschließung angenommen, wonach dem Reichstag umgeben ein Gesetzentwurf vorzulegen ist, der die Leistungen der Reichswochenhilfe und Wochenfürsorge in Einklang mit der eingetretenen Teuerung bringt. — Auf Antrag des Abg. Hoch (Soz.) wurden die Etatspositionen, welche die Reichszuschüsse zu den Kosten der Landesämter für Arbeitsvermittlung und Arbeitsnachweise betreffen, und die auch für Maßnahmen zur Erleichterung des Ueberganges entlassener Wehrmachtangehöriger in einen bürgerlichen Beruf in Betracht kommen, von 40 Millionen auf 60 Millionen erhöht. Ein Antrag der sozialistischen Parteien, die Reichszuschüsse für die Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung einzuschränken von 250 000 M. auf 750 000 M. oder wenigstens auf 500 000 M. zu erhöhen, wurde abgelehnt. Dagegen wurden die Reichszuschüsse zur Förderung der Ausbildung von Arbeitsnachweisbeamten und Berufsberatern von 20 000 auf 100 000 M. erhöht.

Der Antrag Pfüß abgelehnt!

(Schluß des Reichstagsberichts von der ersten Seite.)

Abg. Frau Bohm-Schuch (Soz.):

Wir verlangen für die uneheliche Beamtin kein Mitleid und keine Wohltat, aber das Recht, das ihr nach der Personalliste zusteht, die zum Schutze aller Glieder des deutschen Volkes geschaffen wurde. Hier ist gesagt worden, Frau Pfüß hätte das Recht auf außerordentlichen Verbleib proklamiert. Was heißt denn überhaupt ein Recht auf einen Geschlechtsverkehr? Ich glaube, hier ist ein Naturrecht (Sehr wahr! links), das sich durch geschriebene Rechte überhaupt nicht binden läßt. Eine Dichterin sagte einmal: Die Ehre der Frau beginnt unter dem Gürtel. Sind Sie auch der Meinung, daß sie gar nichts anderes ist als ein Geschlechtswesen? (Zurufe links: Ausgezeichnet!) Frau Abg. Müller hat gefragt, ob wir Mütter von Töchtern uns zur Frage der unehelichen Mütter genau so stellen würden wie jetzt, wenn unsere Töchter einmal uneheliche Mütter werden. Eine Frau, die bewußt Mutter geworden ist, würde, wie ich glaube, niemals diese Frage gestellt haben. Gerade weil die Mutterschaft etwas ist... es wird mir schwer, das hier auszusprechen, denn das ist ja schließlich tiefste Seele, die man hinwirft, wenn man über diese Dinge spricht. Aber weil diese Frage gestellt ist, muß ich doch sagen: Gerade weil die Mutterschaft, weil das Mutterwerden etwas ist, was über alle Begriffe geht, was einfach in seiner Heiligkeit, was in den Ausflüssen seiner Empfindungen an den Himmel reicht, das einzige ist, was uns über die Erde erheben kann, darum wünsche ich so unendlich vielen Frauen, daß sie dieses Glück der Mutterschaft genießen! (Sehr wahr! links — Zuruf rechts: Ja der Ehe!) O ja, dazu will ich jetzt ein Wort sagen, Frau Hoffmann. Ich hätte es vielleicht nicht getan. Werden sich denn die ehelichen Mütter nicht endlich einmal bewußt, wach ungeheure Schamlosigkeit sich in dieser Klassifizierung der Mütter ausdrückt! (Bebende Rufe links: Sehr wahr! Ausgezeichnet! — Zurufe rechts: Ungehört! — Zuruf v. d. Baner. Sp.: Wir lassen uns unsere christlichen Grundsätze nicht mit Füßen treten. — Unbaurnde große Unruhe. Glocke des Präsidenten.)

Gerade weil ich die Mutterschaft als das Heiligste ansehe,

was eine Frau erleben kann, darum habe ich es heute wie Beischneidungen empfunden, daß man nicht die Mutterschaft als solche, nicht dieses heilige Mysterium, nicht dieses Schweben zwischen Leben und Tod, wenn man einem Wesen das Leben gibt, achtet, als höchstes hinstellt, als das, was es ist, als dem Göttlichen nahe, daß man also die Mutterschaft als solche nicht achtet, sondern einfach die geschlechtlich funktionierende Zeugung. (Sehr. Zustimmung und Bravorufe links.) Es ist eine solche Schamlosigkeit, eine solche Niedrigkeit der Auffassung, daß man es überhaupt nicht fassen kann, daß es Menschen gibt, die eine derartig sittenlos Auffassung haben können. Gerade weil die Mutterschaft die Frau erst wirklich zu einem vollen Menschen werden und sie zu ihrer ganzen Verantwortung erwecken läßt, darum wünsche ich nicht, wie es hier jetzt dargestellt werden möchte und könnte, daß sich die unehelichen Beamtinnen mehr, aber wir wünschen, daß diesen Müttern diese Gelegenheiten gegeben wird, den Segen ihrer Mutterschaft tatsächlich zu genießen. (Sehr wahr! und Bravo! links.) Ich wollte, daß die Menschheit zu einer neuen Moralauffassung auf diesem Gebiete käme, und zwar zu der einzigen, die möglich ist, nämlich, daß Mutterschaft Mutterschaft bleibt und mit all ihren Freuden, mit all ihrem Leid, ganz gleich, ob sie ehelich oder unehelich ist. (Stürmischer Beifall v. d. Soz. und auf der äußersten Linken.)

Abg. Marx (Ztr.) erhebt gegen die Art und Weise, wie über eine durch Jahrhunderte geheiligte christliche Institution verhandelt wird, energischen Protest. (Lärm links.)

Abg. Frau Pfüß (Soz.): Wir haben die christliche Weltanschauung nicht angegriffen. Wer objektive die Reden unserer weiblichen Abgeordneten verliest hat, wird zugeben müssen, daß sie von wirklich christlicher Gesinnung getragen waren.

Abg. Rumm (Dnat.) bittet, zur Förderung der studentischen Wirtschaftsbeihilfe 10 Millionen in den Etat einzustellen.

Abg. Müller-Franken (Soz.) und Staatssekretär Schulz billigen die Tendenz des Antrages, lehnen ihn aber ab, weil es nicht möglich ist, in letzter Minute Etatspositionen in solchem Umfange zu ändern. Der Antrag Rumm wird abgelehnt.

Die Entschließung des Hauptauschusses, wonach für sämtliche weibliche Beamte und Hilfskräfte die Tatsache der unehelichen Mutterschaft nicht Grund zur Entlassung oder Anstrengung eines Disziplinarverfahrens sein darf, auch die Beförderung einer Hilfskraft für Beamte lediglich aus diesem Anlaß nicht abgelehnt werden darf, wird mit 199 gegen 156 Stimmen abgelehnt. Zwei Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten. (Plaurufe links.)

Die Etatsberatung wird dann unterbrochen und in dritter Lesung die Beseitigung der Schaumweinsteuer und die Änderung des Weinsteuergesetzes beschlossen.

Die Etatsberatung wird dann beim Kapitel

befetzte rheinische Gebiete

fortgesetzt.

Abg. Korrell (Dem.) wünscht Auskunft darüber, in welchen Fällen für Ermordung Deutscher im besetzten Gebiet von der Regierung Sühne und Unterstützung für die Hinterbliebenen gefordert und von der Gegenseite gezahlt worden sei.

Zur Gruppe Erziehung und Schulfragen fordert Abg. Frau Dr. Marx (D. Sp.), daß die Kulturabteilung des Reichsministeriums des Innern führend werde in allgemeinen pädagogischen Fragen, wenn auch ein Eingreifen in die Rechte der Länder vermieden werden müsse. — Abg. Lutter (D. Sp.) fordert Förderung von Kunst und Handwerk und ein Gesetz zur Bekämpfung von Schmutz und Schund.

Dr. Löwenstein (U. Soz.) verlangt, daß die Summe für Freistellen an höheren Lehranstalten auf 10 Millionen Mark erhöht wird.

Abg. Schreck (Soz.) tritt für die Förderung des Jugendwanderns und die Schaffung von Spielplätzen ein. Damit schließt die Besprechung.

Der unabhängige Antrag, für Freistellen an höheren Lehranstalten 10 Millionen einzustellen, wird abgelehnt. Der Antrag Rumm auf Pflege der Jugendherbergen und Vorlegung eines Reichsspielplatzgesetzes wird angenommen, ebenso ein Antrag auf Schulunterricht für die Grenzlanddeutschen. Ein Antrag auf Streichung der Mittel zur Unterhaltung des Nationaldenkmals wird abgelehnt. Die zur Gruppe Erziehung und Schulfragen gehörenden Titel werden bewilligt.

Bei der Gruppe Medizinpolizei und Gesundheitsamt wünscht Abg. Großhahn (Soz.) die Angliederung des Reichsgesundheitsamtes und der medizinischen Abteilung des Reichsministeriums des Innern an das Reichsarbeitsministerium, wodurch ohne jede Kosten ein Gesundheitsministerium geschaffen wäre.

Eine Resolution, die von Angehörigen aller Parteien unterzeichnet wurde und Ermittlungen über die wirtschaftlichen, gesundheitlichen und sittlichen Wirkungen der Alkoholverbottengesetzgebung in den Vereinigten Staaten fordert, wird abgelehnt. Die zur Gruppe Medizinpolizei und Gesundheitsamt gehörenden Titel werden bewilligt.

Gegen 10 Uhr wird ein Beratungsantrag der Kommunisten abgelehnt. Es folgt dann die Gruppe Polizei, Deutsche Reichshilfe und Reichskommissar für öffentliche Ordnung. Dazu erhebt Abg. Dr. Herzfeld (Komm.) das Wort, der die Stellung des Reichskommissars als Epizentrum bekämpft und bei Schluß des Berichts vor völlig leerem Hause weiter spricht.

Die nächste Sitzung findet Freitag 11 Uhr statt. (Weiterberatung und Antrag Löbe betr. die Not der Zeitungen.)

Gewerkschaftsbewegung

Zum Metallarbeiterstreik in Süddeutschland.

Stuttgart, den 5. April 1922.

Die Streikbewegung der Metallarbeiter in Bayern und Württemberg zugunsten der 48-stündigen Wochenarbeitszeit sowie einer durchgreifenden Erhöhung der Löhne und einer Verbesserung der Bestimmungen der Manteltarifverträge hat durch den Schiedsspruch für die Metallindustrie in Mannheim eine weitere Verschärfung erfahren. Auch hier wird den Arbeitern durch Schiedsspruch eine Verschlechterung der bisherigen Arbeitsbedingungen durch die Verlängerung der Arbeitszeit von 46 auf 48 Stunden zugemutet. Dieses Diktat haben die Arbeiter mit Recht abgelehnt, so daß nunmehr auch in Mannheim ca. 18 000 Metallarbeiter im Streit stehen. Insgesamt sind zurzeit einschließlich der streikenden Metallarbeiter in Ostpreußen 130 000 Arbeiter der Metallindustrie

in die Bewegung einbezogen, ein erheblicher Teil von ihnen ist durch Gegenmaßnahmen der Unternehmer ausgesperrt.

Auch im Industriegebiet Frankfurt a. M. ist mit dem Ausbruch einer Streikbewegung aus den gleichen Ursachen zu rechnen. Da nicht abzusehen ist, wann diese Bewegungen günstig für die Arbeiter beendet werden können und zu welchen Gegenmaßnahmen die Unternehmerorganisationen noch greifen werden, so hat der Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes, um gegen alle Eventualitäten gerüstet zu sein, die

Erhebung von Extrabeiträgen in Höhe des doppelten Wochenbeitrages beschlossen und dies den Verbandsmitgliedern durch ein kurzes aufklärendes Flugblatt bekanntgegeben.

Wir begrüßen diese Maßnahme des Metallarbeiterverbandes.

Um Großes geht es in Süddeutschland. Aus dem bisherigen Verhalten der Unternehmer muß der Schluß gezogen werden, daß, wenn ihnen die Befreiung der 48-stündigen Wochenarbeitszeit gelingt, dann auch die Bahn frei ist für die Aufhebung des Achtstundentages. Das darf nimmermehr sein. Ein unantastbares, wertvolles Gut ist der Achtstundentag und der mit der 48-Stunden-Woche verbundene freie Sonnabendnachmittag. Die kräftige Zurückweisung der Vorschläge des vereinigten Unternehmertums ist daher im allgemeinen Arbeiterinteresse geboten. Es gilt, dem vereinigten Unternehmertum die

Geschlossenheit und Opferwilligkeit der Arbeiterschaft entgegenzusetzen, um einen der größten und bedeutungsvollsten Kämpfe in der deutschen Metallindustrie erfolgreich zu Ende zu führen.

Die gelbe Neutralität.

Folgendes interessante Schreiben hat der Nationalverband deutscher Berufsvereine an die Redaktionen rechtsstehender Zeitungen gerichtet:

Sehr geehrte Hauptschriftleitung!

Wir bitten dringend, von Donnerstag morgen ab jegliche Betrachtung über den Beamtenstreik mehr gegen die drei Spitzengewerkschaften als gegen die, eine vorwiegend bürgerliche Beamtenorganisation darstellende Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten und -anwärter umzustellen.

Wie der antieigende, in der „Täglichen Rundschau“ erschienene Aufsatz unseres Vorsitzenden, des Reichstagsabgeordneten Weisler zeigt, sind die Mitglieder der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten und -anwärter überwiegend bürgerlich gesinnt und das Opfer einer zwangsläufigen Entwicklung, welche die Regierung und ihre drei Gewerkschaftsverbände verschuldet haben, geworden. Um die Beamten vor dem Abwärtis in das linkspolitische Lager zu bewahren und sie von der derzeitigen radikalen Leitung befreien zu können, muß unserer Erachtens die nationale Presse die Beamten von jetzt ab (schonend behandelnd) (sonst bleibt die Faust der Linken an der Gurgel des Staates).

Unser Bestreben wird es sein, die Reichseisenbahnbeamten für den Verzicht auf das Streikrecht und für das Festhalten an den Rechtsparteien zu gewinnen.

Wir bitten die verehrliche Hauptschriftleitung, uns in diesem Bestreben durch häufige Beachtung vorstehender Winke gütigst zu unterstützen.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Nationaler Verband deutscher Berufsvereine.

Die Eisenbeamten mögen daraus ersehen, wozu die Reife gehen soll und daß sich hinter dem „politisch neutralen“ Schwindel in Wirklichkeit nur die von der Reaktion ausgehaltenen Gelben verheken, die im trüben zu fischen suchen.

Hege gegen die Eisenbahner-Reichsgewerkschaft.

Kaum ist die Tagung der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten beendet und die Neuwahl der Vorstandsmitglieder vollzogen, geht auch schon die Hege der Wählergruppen los. Die alten Wählergruppen stets gefällige BS-Korrespondenz Sochazewskis läßt sich „von besonderer Selte“, die offenbar der Richtung Schuldt nahesteht, schreiben, infolge der Wiederwahl von Menne und Scharf-schwerdt siehe eine ganze Anzahl Fachgruppen im Begriff, sich von der Reichsgewerkschaft zu trennen und sich zu einer neuen parteipolitisch neutralen Vereinigung zusammenzuschließen. Was man so in den rechtsstehenden, „nationalen“ und gelben Kreisen als „parteilos-politische Neutralität“ ausgibt. Die Tagung der Reichsgewerkschaft wird durch die Heroisierung herabzusetzen versucht, daß sie sich ganz überwiegend aus Gemäßigten zusammengesetzt habe. Diese Stellungnahme gegenüber den Gemäßigten zeigt allein schon, daß Weisler Kinder die Quertreiber sind.

Wir stehen sicher nicht im Verdacht besonderer Sympathien für die Reichsgewerkschaft oder gar guter Beziehungen zu ihr. Wir haben sie über unsere und die freigewerkschaftliche Stellungnahme zu ihrer Streikaktivität nicht im Zweifel gelassen und wurden von ihr weder über die Streikvorgänge unterrichtet, noch etwa lehrte zu ihrer Tagung zur Berichterstattung eingeladen. Dennoch müssen wir uns

gegen die infame Hege wenden, die nun erneut gegen die Reichsgewerkschaft getrieben wird, weil sie sich nicht ins nationalistische Fahrwasser herüberziehen ließ.

Ende des Müllkutschersstreiks.

Trotzdem die Wirtschaftsgenossenschaft vor dem Zusammentritt des Schiedsgerichts ausdrücklich erklärt hatte, sich dem Spruche desselben zu unterwerfen, macht sie hinterher noch allerlei Schwierigkeiten.

Der Spruch des Schiedsgerichts ist für verbindlich erklärt auf Grund der Erklärungen beider Parteien. Wenn die Wirtschaftsgenossenschaft jetzt dennoch erklärt, sie unterwerfe sich dem Schiedsspruch nicht, wenn sie glaubt, durch ihr Verhalten beweisen zu müssen, daß Treu und Glauben bei ihr nichts gilt, so hätte es einer besonderen Beweisführung ihrerseits nicht bedurft. Glaubt sie aber nun, an dem Schiedsspruch herumzudeckeln und denselben nach ihrem Belieben auslegen zu können, so irrt sie.

Die Belegschaft der Wirtschaftsgenossenschaft nahm in einer Versammlung am Mittwoch zu dem Schiedsspruch Stellung und beschloß, sich heute früh zur Ausnahme der Arbeit zur Verfügung zu stellen. Für alle sich aus dem Verhalten der Wirtschaftsgenossenschaft ergebenden Benachteiligungen der einzelnen Arbeitnehmer werden dieselben die Wirtschaftsgenossenschaft verantwortlich machen.

Der Beschluß der Belegschaft ist der Wirtschaftsgenossenschaft mitgeteilt, und das Polizeipräsidium ist benachrichtigt und ersucht worden, die Technische Rothilfe sowie die Schups sofort zurückzuziehen.

Zum Verbandstag der Buchbinder

am 14. Mai in Kassel sind in der Zofstelle Berlin für die morgen stattfindenden Delegiertenwahlen vier Kandidatenlisten aufgestellt worden, und zwar Liste I der SPD, II KAPD, III APD, und Liste IV der USP. Die Anhänger der Liste II verfallen schamhaft ihr wahres Gesicht und nennen sich dreist und gottesfürchtig nur „Freigewerkschaftliche Liste, Gegner der Arbeitsgemeinschaften“, obwohl sie ganz genau wissen, daß auch auf den anderen Listen nicht ein Anhänger der Arbeitsgemeinschaften aufgeführt ist. Man rednet wahrscheinlich nicht mit Unrecht damit, daß auf diesen kommunistischen Bauernjüngertrollen viele der nicht gut ausgearbeiteten Mitglieder hineingefallen werden, zumal man auch noch ein paar verärgerte SPD-Genossen — oder wenigstens solche, die vorgaben, dies zu sein — mit auf dieser Liste hat. Die Mitglieder werden daher dringend gewarnt, auf diesen Schwindel hineinzufallen, vielmehr vollständig zur Wahl anzutreten und ihre Stimme abzugeben

für Liste I.

Zu gleicher Zeit finden die Wahlen der Delegierten zum Gewerkschaftskongress statt, zu welchem der rote offizielle Stimmzettel mit 26 Vorschlägen gilt. Nach Aussprache mit einer Reihe von Kollegen aus dem ganzen Reich empfehlen wir, folgenden sechs Kandidaten die Stimme zu geben: Imhof, Mey, Wienick, Hemminger, Kornacker und Wöhe.

Das Material zu den Wahlen wird heute bei Reimer, Kommandantenstr. 46, zwischen 4 1/2 und 7 Uhr ausgegeben. Der Aktionsausschuß der SPD wird am Sonnabend während der ganzen Wahlzeit dort anwesend sein.

Der Reichsbund der Kommunalbeamten und -Angestellten Deutschlands hielt am 4. April unter dem Vorsitz von Guttschmidt, Berlin, unter zahlreicher Beteiligung von Delegierten aus allen Teilen des Reiches im Stadtverordnetenversammlungssaal des Rathauses zu Charlottenburg seinen diesjährigen Bundeskongress ab. Er beriet darüber: Im Vordergrund der Erörterungen stand die Stellung des Reichsbundes im und zum Deutschen Beamtenbund. Grundton aller diesbezüglichen Entwürfe und Beschlüsse war der Wunsch, daß die in den nächsten Tagen stattfindende entscheidende Aussprache auf dem Bundeskongress des Deutschen Beamtenbundes das gleiche Bild einmütigen Willens und einheitlichen geschlossenen Zusammenstehens der gesamten deutschen Beamenschaft ergeben möge, wie es die deutschen Kommunalbeamten auf ihrem Bundeskongress erneut gezeigt haben. Die Behandlung der übrigen Punkte der Tagesordnung erbrachte eine scharfe Kampfanlage gegen das Besoldungssperregesetz, einen Plan für die Erweiterung der wirtschaftlichen Einrichtungen des Reichsbundes u. a. m. Der juristische Beirat des Reichsbundes, Dr. Cart, gab eine eingehende Darstellung über die Gestaltung des neuen Beamtenrechts.

Achtung, Bauarbeiter Charlottenburgs! In der Morgen-ausgabe der „Roten Fahne“ vom 6. April werden die Bauarbeiter von Charlottenburg aufgefordert, des Sonntags ihre Beiträge wieder im Lokal Wallstraße zu bezahlen. Wir weisen noch einmal nachdrücklich darauf hin, daß den Mitgliedern die Beiträge durch Hauskassierer abgeholt werden. Die Kassierung in der Wallstraße hat mit dem Deutschen Bauarbeiterverband, Bezirksverein Berlin, nichts zu tun; dort ist eine Filiale der neuen kommunistischen Bauarbeiterorganisation, die Chemnitz. Die dort eingehaltenen Beiträge können nicht auf die Mitgliedschaft im Deutschen Bauarbeiterverband angerechnet werden. Der Vereinsvorstand.

Eisen-, Revolverdreher und Rundschleifer (Richtung Umständer!) Sonnabend, 5. Uhr, in der Säulenhalle am Roppenplatz: Versammlung aller Kollegen, die der USP, oder SPD, angehören. Verhandlung und Parteibuch vorzeigen.

Der große Klau ist die Jubiläumsgabe (100 000 Auflage) des Reichsbundes und am meisten geschätzten Kompendiums zum Betriebsratgesetz von Dr. Georg Rintow, dessen behilfliche Erklärungen angehängt sind. Die neue Ausgabe ist unter Benutzung und genauer Angaben der sämtlich vorhandenen Literatur zum Arbeitsrecht vollständig neu gestaltet. Die vom Reichsbundgesetz vorgegebenen Bestimmungen über Schlichtungsausschüsse und Betriebsratsgesetz sind sorgfältig berücksichtigt. An den einschlägigen Stellen werden die Auffassungen und die Entscheidungen des Reichsbeiratsministeriums, der Gerichte aller Inst. der Schlichtungsausschüsse, der Gewerkschaften und anderer Behörden angeführt. Neuzugabe und gutes Papier sowie ein gut ausgestatteter Einband zeichnen den Jubiläumskommentar aus. Das Buch ist der umfangreichste und für die Praxis geeignetste Kommentar. Bei Vorbestellung bis zum 10. April hat der Verlag einen ermäßigten Subskriptionspreis von 90 M. für das gebundene Exemplar angelegt, während nachher der Ladenpreis mindestens 100 M. betragen wird. Deshalb liegt die sofortige Bestellung bei der besten Buchhandlung, oder, wo eine solche nicht vorhanden, direkt beim Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstr. 2, im Interesse jedes Betriebsrats und jeder Gewerkschaft.

Gewerkschaftsleiter! Röntgen, 16. April. Heute 7 1/2 Uhr im „Stadtport“ Reichshofstr. 1, Röntgenstr., wozu die Gewerkschaftsfunktionäre von Friedrichshagen, Rohrnader, Grünau, Rehnshof und Schmidt eingeladen sind, zwecks Schaffung eines Bezirksrats. — Der Obmann.

Wirtschaft

Die Papierhof der Zeitungen.

Mit der Versorgung der Zeitungen mit Papier ist es gegenwärtig so bestellt, daß die Fabrikanten einen Preis von 12,80 M. pro Kilo fordern, während der Papierpreis vor der Aufhebung der öffentlichen Bewirtschaftung durch das Kabinett Feilchenbach 2,80 M. bis 3 M. betrug. In der freien Wirtschaft ist er auf 4 M. und dann mit einem Sprunge auf 7,20 M. gestiegen. Für das letzte Quartal hatten die Fabrikanten ursprünglich einen Preis von 13,50 M. pro Kilo angebrocht, aber sich schließlich mit 12,80 M. begnügt.

Der Hauptgrund der maßlosen Preissteigerung liegt in den Holzpreisen. Die Holzpreise machen nicht nur jede Steigerung der fremden Wälder mit, sondern übersteigen sie vielfach. Am Holzpreis gemessen hat die Mark heute nur noch eine Kaufkraft von einem Pfennig. Der Zustand, der in Österreich allgemein herrscht, daß die Preissteigerung jedem Sinken der Wälder voreilt, ist jetzt auch in Deutschland beim Holz in Erscheinung getreten. Papierfabriken und Zellstofffabriken sitzen ihre Rechnungen durchweg auf die Wiedererlangungskosten, was hier praktisch nur bedeutet, daß der Preis auf die höchste irrendem gemessene Summe hinaufgetrieben wird; denn die Holzpreise sind in den einzelnen Landesteilen stark verschieden, so daß einheitliche Wiedererlangungskosten gar nicht festzustellen sind. In einzelnen Fällen sind selbst deutsche Forstverwaltungen dazu übergegangen, in ausländischer Währung zu berechnen. Das neuerliche Wiederankommen der Bauwirtschaft und der starke Holzbedarf der Bergwerke begünstigen die Preissteigerung auf dem Holzmarkt. In einem früheren Heft hat die Sperrung der Zufuhr von Holz den Erfolg gehabt, daß die Zellulose-Interessen einen Millionenbetrag für die Ermäßigung des Papierpreises der deutschen Zeitungen herbeigeholt haben. Ob auch jetzt wieder ein Ausverkauf in Frage kommt, steht noch nicht fest. Vielleicht wäre es ein geeignetes Mittel, um die Preisfestsetzung nach der Berechnung der Selbstkosten etwas stärker zur Geltung kommen zu lassen.

Am Interfraktionellen Ausschuss des Reichstages ist die Wieder-einführung der öffentlichen Bewirtschaftung von Holz und Papier angedacht worden. Ein solcher ansehnlicher Entwurf ist durch Indiskretion an die Öffentlichkeit gekommen; es handelt sich aber nur um eine vorläufige Niederschrift, die nicht alle verfügbaren Mittel erschöpft. Die Regierung hat sich noch für keinen bestimmten Ausweg entschieden.

Die Not der Zeitungen ist groß und dröndend. Gedruckt nicht bald etwas Durchbrechendes, denn drücken im Laufe des Sommers, in dem hiesige ein Abonnementsschauma bei den Zeitungen einzutreten pflegt, eine ganze Anzahl Zeitungen zum Erliegen kommen. Auch die Sorge, daß während der Zeitungen sich für irgendwelche kapitalistischen Zwecke verlaufen, ist nicht unberechtigt. Bei der Schwierigkeit der Materie und den starken Überständen wird es aber zweifellos eines starken Druckes der Öffentlichkeit bedürfen, um zur Sicherung der Presse zu gelangen.

Die Lage in der Bekleidungsindustrie.

Durch die jüngste Markverschlechterung sind, wie wir den im Preussischen Ministerium für Handel und Gewerbe zusammengestellten Berichten preussischer Handelskammern entnehmen, auch die Preise für Rohbaumwolle, Garne und Gewebe wesentlich in die Höhe gegangen. Baumwollspinnerei für ein Kilo fully middling 100 Bremen ab 1. März 101,40 M., am 6. März 110 M., am 20. März 125,50 M. und am 29. März 138,50 M. Die Garnpreise stellten sich für Nr. 20/21er bzw. Nr. 30/31er Gewebemeter am 1. März 160 bzw. 190 M., am 10. März auf 180 bzw. 215 M., am 20. März auf 190 bzw. 232 M. Für die Standard-Qualität Rohwolle stieg der Preis von 25 M. zu Beginn des Monats März auf 35 M. pro Meter. Die Vorräte an Baumwolle in Bremen gingen von 293 249 Ballen zu Anfang des Monats bis zum 24. März auf 242 785 Ballen zurück. Die neuerliche Markverschlechterung führte zu einer starken Beschränkung der Wollkäufe. In der Seidenindustrie war der Bezug von Rohstoffen aus dem Ausland durch den geringen Wert der Mark außerordentlich erschwert.

Deutschland und die brasilianische Weltausstellung.

Vom brasilianischen Bundeskommissariat wird mitgeteilt: Nach längerem Bemühen ist es dem Bundeskommissar der Vereinigten Staaten von Brasilien in Berlin, Oberst Gaezler-Retto, gelungen, die Besichtigung der vom 7. September bis 15. November 1922 in Rio de Janeiro stattfindenden Weltausstellung durch Deutschland zu ermöglichen. Die brasilianische Regierungskommission in Rio, der „Comissao Brasileira“, hat dem Bundeskommissar den 7000-Tonnen-Dampfer „Campos“ für die Dauer der Ausstellung als Weltausstellung für einen Betrag von monatlich 4000 Pfund Sterling einschließlich aller Unkosten zur Verfügung gestellt. Es liegt nunmehr an der deutschen Industrie und dem deutschen Handel, dieses Objekt für den internationalen Wettbewerb auf der Weltausstellung nutzbringend zu verwenden.

Verband Rheinischer Industrieller. Auf Anregung der Industriellen im Regierungsbezirk Köln erfolgte gestern in einer aus allen Bezirken des Rheinlandes zahlreich besuchten Versammlung die Gründung des Verbandes Rheinischer Industrieller, der die Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen der in ihm vereinigten Industriellen bezweckt. Die Erfüllung dieses Zweckes soll gefördert werden durch ein enges Zusammenarbeiten mit den Nachbarverbänden in Düsseldorf, Essen und Mainz. Der Verband beschloß, die körperliche Mitgliedschaft beim Reichsverband der deutschen Industrie zu erwerben. Die Gründung bedeutet eine Erweiterung des Zusammenschlusses der rheinischen Industrie.

Bericht für den bezahl. Teil: Franz Mühs, Berlin-Charlottenburg; für den unbez. Teil: H. G. Berlin, Berlin; Berling-Beroliner-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornhorts-Verlagsanstalt, Berlin. Verlagspreis: 10 M. Berlin, Lindenstr. 2. Hierzu 1 Kollage und „Jugend-Werkschau“.

Kukirol
besorgt schnell sicher und schmerzlos
Hühneraugen
Kornhaut, Schwielen, Warzen
In Apotheken u. Drogerien erhältlich.

Stoffe für Herren- u. Damen-Bekleidung
best. Fabrikate, große Auswahl, Vorkauf mehrerer
Koch & Seeland G. m. b. H.
Gartenstraße 20-21.

Veinbrand-Verschnitt
Flasche 54⁰⁰

Lebensmittel

Monopol-Branntwein: Kümmel od. Klarer Flasche 31⁰⁰
Aquavit Flasche 34⁰⁰

Margarine Pfund 34 ⁰⁰	Harzer Käse Pfund 18 ⁰⁰	Salzheringe Stück 14 ⁰⁰
Speisefett Pfund 38 ⁰⁰	Sahnenkäse Pfund 22 ⁰⁰	Sprotten geräuchert 1/2 Pfund 35 ⁰⁰
Rindertalg ausgegl. Pfund 38 ⁰⁰	Briekäse Pfund 18 ⁰⁰	Schellfische frisch Pfund 78 ⁰⁰
Marmelade Pfund 93 ⁰⁰	Camembert Stück 82 ⁵⁰	Bücklinge geräuchert Pfund 12 ⁰⁰

Frisches Fleisch
Suppenfleisch Pfund 30⁰⁰
Schmorfleisch mit Knochen Pfund 34⁰⁰
Kalb-Vorderfleisch Pfund 28⁰⁰
Kalbs-Keule Pfund 30⁰⁰
Schweinefleisch Pfund 35⁰⁰

Wurstwaren
Leberwurst Pfund 28⁰⁰
Rotwurst Pfund 28⁰⁰
Landleberwurst Pfund 40⁰⁰
Mettwurst Braunschweiger Art Pfund 42⁰⁰
Schinkenspeck Pfund 38⁰⁰
Rindfleisch geräuchert ohne Knochen Pfund 19⁰⁰

Jandorf

Belle-Alliance-Str. St. Frankfurter-Str. Brunnenstr. Kottbuser Damm Wilmersdorfer-Str.

Der Werklehrling der Neuzeit.

Wissenschaftliche Ausbildung bis zum Gesellen.

„Die altösterreichische Art der Lehrlingszucht, die in der Handwerkslehre beim Kleinmeister und in der Prinzipallehre beim Kleinrämer ihre typischen Ausdrucksformen fand, steht vor dem Zusammenbruch und vor der Auflösung. Jeder Versuch, sie neu zu beleben, ihr neuen Geist und neuen Inhalt einzustößen, wäre eine nicht zu rechtfertigende Halbheit, die zum Scheitern verurteilt und darum abzulehnen wäre.“ Dieser Satz steht am Anfang der vom Genossen Sollenbach eingebrachten Grundsatzklärung, die der Nürnberger Kongress der deutschen Gewerkschaften im Jahre 1919 seinen Vorschlägen zur Regelung des Lehrlingswesens voranstellte. Eine Reihe größerer Betriebe ist nun in der Lehrlingsausbildung planmäßig unter Berücksichtigung der vom Gewerkschaftsbund gemachten Vorschläge vorangegangen, unter anderem auch die Deutschen Werke in Spandau-Hazelhorst. In diesem Frühjahr haben dort 57 Lehrlinge ihre Lehrzeit beendet und aus diesem Anlaß wurde im Kasino in der Berliner Straße eine Ausstellung von Lehrlingsarbeiten veranstaltet, die einen guten Einblick in den Lehrbetrieb dieses staatlichen Werkes gestattet.

Psychotechnische Prüfung.

Vor der Einstellung findet eine Auslese der Begabten durch eine psychotechnische Prüfung statt. Es handelt sich dabei nicht um die Feststellung von Kenntnissen, sondern um die von Fähigkeiten und Eigenschaften, die der junge Mensch für den Beruf als Schlosser, Dreher, Modellistischer oder Former mitbringen muß. Die Prüfung bezieht sich auf geistige und körperliche Fähigkeiten. In geistiger Hinsicht werden von dem als Lehrling Einstellenden verlangt: Gedächtnis für sinnvolle Zusammenhänge, Gedächtnis für Form und Zahl, Kombinations- und Konzentrationsfähigkeit, Raumvorstellung, Geschicklichkeit im Zeichnen und gewandtes Rechnen. In körperlicher Hinsicht wird Augenmaß, Gelenkempfindlichkeit und Feingefühl der Hand verlangt. Das Augenmaß wird durch Optometer und einen Apparat geprüft, bei dem ein Winkel mit verstellbaren Scheiteln auf 90 Grad eingestellt werden muß. Bei dem Optometer hat der Prüfling eine Strecke zu halbieren oder zu verdoppeln. Die Fehler können auf Zehntel genau von einer nur für den Prüfenden sichtbaren Skala abgelesen werden. Diese wie alle folgenden Versuche werden sechsmal wiederholt, um so aus den Abweichungen der einzelnen Ergebnisse einen Schluss auf die Zuverlässigkeit des Prüflings zu gewinnen. Zur Feststellung der Gelenkempfindlichkeit dient eine von der Hand zu bewegende Kurbel, wie sie an jeder nicht automatischen Drehbank zur Weidung des Drehstuhls hakenförmig „Supports“ vorhanden ist, die hier eine Feder zusammendrückt, so daß der von der Hand zu überwindende Widerstand bei jeder Umdrehung ein anderer ist. Der Prüfling hat nun die Aufgabe, sich den Widerstand an einer bestimmten Stelle zu merken und nach dem Bestellen der Kurbel wieder diese Stelle zu finden. Die Abweichungen werden ebenfalls auf einer Skala angezeigt. Das Feingefühl der Hand wird mittels eines Apparates festgestellt, der am besten mit einem Schraubstock verglichen werden kann und bei dem der Prüfling mit der linken Hand durch einfaches Drehen einer Scheibe einen sauber geführten Bolzen fester oder loser einpannt und den genauen Sitz mit der rechten Hand kontrolliert. Die Scheibe trägt die Gradenteilung, auf der die Fehler abgelesen werden. Zur Prüfung der Willenskonzentration stellt man die Zeit fest, während der der Prüfling die ausgestreckten Arme nicht sinken lassen. Damit ist die Prüfung beendet. Von 207 bisher Geprüften wurden nur 12 als geeignet befunden. Später findet noch eine ärztliche Untersuchung statt, nach deren günstigem Ergebnis dann die Einstellung als Lehrling erfolgen kann.

Lehrlingswerkstatt.

Die zweistufige Lehrlingswerkstatt entspricht allen Anforderungen in bezug auf Licht und Luft. Der neue Lehrling beginnt seine Tätigkeit im oberen Stockwerk. Hier lernt er mit Meißel, Hammer und Feile umgehen, lernt nieten und löten, überhaupt den Gebrauch der Schlosserwerkzeuge. Nach Wochen muß er in der Handwerkschule die notwendigen Schmiedearbeiten zu erlernen, die ihn befähigen, einfache Werkzeuge abzuschmieden. Dann wird seine Ausbildung an den im unteren Stockwerk aufgestellten Werkzeugmaschinen jeder Art fortgeführt. Nach zwei Jahren verläßt er die Lehrlingswerkstatt, um nun das Gelernte im Betriebe selbst zu verwenden. Im letzten Halbjahre der vier Jahre währenden

Lehrzeit kehrt er in die Lehrlingswerkstatt zurück, macht hier sein Gesellenstück und empfängt nochmals eine gründliche Belehrung über alle Einzelheiten seines Handwerks. — Durch seine ganze Lehrzeit hindurch begleitet ihn das Werkstattdiary. Von allen Stücken, die er in den ersten zwei Jahren anfertigt, muß er eine freihändige Skizze in dieses Buch mit korrekter Maßangabe einzeichnen. Die Skizzen werden zensuriert und gegebenenfalls verbessert. In den letzten beiden Lehrjahren muß innerhalb zwei Wochen eine Skizze der jeweils wichtigsten Arbeit geliefert werden.

Fortbildungsunterricht.

Der theoretische Unterricht wird im Werke selbst erteilt. Das hat den Vorzug, daß die Lehrgänge zusammenbleiben und daß der Unterricht der Praxis angepaßt werden kann. Er umfaßt sonst den gleichen Unterrichtsstoff wie in den übrigen Fortbildungsschulen. Daran schließen sich Beschäftigung von Werksanlagen. Die letzte größere Beschäftigung führte die Lehrlinge nach Stettin, und es besteht die Absicht, in diesem Jahre das Riesengebirge und dabei eine Anzahl schifflicher Betriebe aufzusuchen. — Den Lehrlingen steht neben einer Unterhaltungsbibliothek eine 200 Bände starke sachwissenschaftliche Bücherei zum eingehenden Studium zur Verfügung. Die Intelligensten von ihnen erhalten noch eine besondere achtwöchige Ausbildung im technischen Bureau, auch werden sie angeregt zur Lösung freiwilliger Hausaufgaben. Am Schlusse eines Halbjahres finden Gesellenprüfungen statt, aber auch die Leistungen der übrigen Lehrgänge werden einer Kritik unterzogen.

Eine lezhin eröffnete Ausstellung zeigte den Erfolg dieses Lehrbetriebes. Alle dort ausgestellten Gesellenarbeiten — mit einer einzigen Ausnahme — entsprachen den in der Praxis zu stellenden Anforderungen voll und ganz, einige waren von einer geradezu bewundernswürdigen Sauberkeit. Die Arbeiten in der Lehrlingswerkstatt werden nach den Grundrissen des Deutschen Ausschusses für technisches Schulwesen durchgeführt und wurden auf der Ausstellung in ihrer Stielgerung vom Einfachen zum Schwierigen gezeigt. — Endlich möge noch erwähnt werden, daß bei der Eröffnung der Ausstellung eine Preisverteilung stattfand und daß der erste Preis eine Goethe-Ausgabe war, die der Betriebsrat gestiftet hatte. Darin lag nicht nur eine Anerkennung für den Preisträger, sondern auch für die Vertreter der Arbeiterschaft.

Die Wiederkehr der Deckungsvorlagen.

Die Deutschnationalen stimmen jetzt zu. — Die Unabhängigkeiten stellen Bedingungen.

Im Mittelpunkt der gestrigen Stadtverordneten-Sitzung standen die beiden Vorlagen, durch die der Magistrat die vor acht Tagen abgelehnte Bewilligung der Erhöhung des Gaspreises und des Straßenbahnfahrpreises von neuem zur wenigstens annähernd vollständigen Deckung der durch den Schiedsspruch vom 7. März erwachsenden Mehrausgaben beantragt. Die Beratung ergab diesmal das Vorhandensein einer großen Mehrheit für die Erhöhung; zur endgültigen Beschlußfassung kam es aber doch nicht, da noch im letzten Augenblick der Widerspruch der Kommunisten gegen die Vornahme der zweiten Lesung die Verabschiedung verhinderte.

Zu Beginn der Sitzung hatte Dr. Wegl den gleichen Widerspruch ausdrücklich angekündigt, ihn aber nachher zurückgezogen. Großen Eindruck machte die Ausführung des Rämmerers, daß die jetzt zu verabschiedende Deckungsvorlage nur ein ganz kurzes Provisorium darstelle, daß sie schon in wenigen Tagen durch eine neue Deckungsvorlage abgelöst werden dürfte, da die neue Gewerbesteuererhöhung die Genehmigung des Oberpräsidenten nicht finden werde und außerdem den neuen Forderungen der städtischen Arbeiter und Angestellten mit Rücksicht auf die Steigerung des Leuerrungsindex im März entprochen werden müsse. Dem Vortrage Dr. Wegls, daß auch im Bereich der Gaslieferung und des Straßenbahnbetriebes eine Erleichterung der wirtschaftlich Schwachen Platz greifen müsse und daß die Fraktion unter dieser Voraussetzung über eine mögliche Er-

höhung der Tarife mit sich reden lassen werde, lehnte der Rämmerer den Einwand entgegen, daß ein Staffeltarif nach sozialen Momenten tatsächlich nicht durchzuführen sei, daß es sich weit besser empfehle, aus dem Gastarif 20—30 Millionen für allgemeine Wohlfahrtszwecke herauszuboten. — Die Deutschnationalen ließen durch Lüdicke heute ihre Zustimmung zu den Vorlagen mit der Maßgabe erklären, daß bis zum 30. Juni eine Revision erfolge. Stadtd. Genosse Dr. Bohmann stellte fest, daß sowohl die II. Sog. als auch die Dnat. Sp. heute nur noch Rückzugsgefühle gestiefert hätten. Gegen das Verfahren der Staatsaufsichtsbehörde, die Erhöhung der Gewerbesteuer um einer Formosität willen nicht zu genehmigen (es sind die Handelskammern nicht befragt worden), legte er den bestimmtesten Protest ein. Schließlich betonte er, daß seine Partei dem Magistrat mit seiner sozialistischen Mehrheit stets und konsequent das Vertrauen entgegengebracht habe, daß er die sozialen Verpflichtungen im Rahmen des finanziell Möglichen erfüllen wird; sie wolle diesem Magistrat die dazu erforderlichen Mittel nicht verweigern und ihm nicht unnötige Schwierigkeiten bereiten. — Nachdem auch Lange für das Zentrum und Bruno für die Wirtschaftspartei, dieser aber lediglich aus Freude über die Richtoenehmigung der Gewerbesteuererhöhung, die Zustimmung zu den Vorlagen erklärt hatten, während Schumacher (Komm.) auf dem schroff abschneidenden Standpunkt verharre, nahm die Angelegenheit für heute den oben erwähnten Ausgang; die Annahme wird erst am Dienstag beschloffen werden.

Bei Schluß des Berichts (gegen 10 Uhr) war noch eine lebhaftere Erörterung über die vom Magistrat beantragte Verpachtung des städtischen Riefelauts Losdorf nebst Bornwert Grünlinie auf 18 Jahre an Herrn Franz Wilsdorf in Neuenhagen zum Preise von 3750 Zentner Roggen jährlich im Gange.

Opfer eines Sadisten.

Mildes Urteil für unerhörte Kinderquälereien.

Als eine „Bestie in Menschengestalt“ bezeichnete der Anklagevertreter den 29jährigen Kaufmann Paul Scherz, welcher gestern aus der Untersuchungshaft vorgeführt wurde, um sich vor der 4. Strafkammer des Landgerichts II unter Vorbehalt des Landgerichtsdirektors Dr. Fuhrmann wegen einer ganzen Reihe mit schrecklicher Rohheit verübter Mißhandlungen zu verantworten.

Die Anklage warf dem Angeklagten vor, seine 4 bzw. 2jährige Silestinder Edith und Heina Schneider und seine 7 Wochen alte Tochter Lotte vorzüglich durch boshafte und grausame Quälereien mißhandelt zu haben. Im Juni v. J. hatte sich der Angeklagte mit der Witwe des Eisenbahnarbeiters Schneider verheiratet, welche ihm die 4jährige Edith und den 2jährigen Heinz mit in die Ehe brachte. Da die Frau den Tag über selbst arbeiten ging, kam sie erst zu spät heim, daß sich ihr Mann, der längere Zeit arbeitslos war, während ihrer Abwesenheit in der schrecklichsten Weise an den Kindern verging. Eines Tages wurde sie von ihrer Arbeitsstelle nach Hause gerufen, da ihr zweijähriger Heinz im Sterben liege. Sie holte den Arzt Dr. Jacobsohn, welcher sofort fragte, wer das Kind so un-menschlich geschlagen habe. Der Angeklagte erklärte, er wisse von nichts. Noch an demselben Tage verstarb der kleine Heinz, und zwar nach ärztlichem Zeugnis des Dr. J. an „Schreibblutung“. Dieser Vorfall führte zur Verhaftung des Stiefvaters und der Einleitung eines Ermittlungsverfahrens. Erst jetzt meldeten sich leider zahlreiche Hausbewohner und andere Zeugen, die bisher den eigenartigen Standpunkt eingenommen hatten, „sich nicht gerne um fremde Familienverhältnisse zu bekümmern“. Die polizeilichen Ermittlungen ergaben, daß der Angeklagte die Kinder in fürchterlichster Weise gequält und mißhandelt hatte. Unter den schmerzhaftesten Todesdrohungen zwang er die 4jährige Edith, jedem Menschen zu sagen, sie sei von anderen Kindern geschlagen worden. Ähnlich verfuhr der brutale Bairon mit dem kleinen 2jährigen Heinz. Selbst die in der Wiege liegende 7 Wochen alte, in der Ehe geborene Lotte hatte der Rohling nicht verschont. — Vor Gericht führte Staatsanwalt Dr. Reimer u. a. aus, daß gegen eine derartige Bestie in Menschengestalt nur die allerhöchsten Strafen in Anwendung kommen könnten. Sein Antrag lautete auf 8 Jahre Gefängnis. Das Urteil blieb jedoch weit hinter diesem von der Öffentlichkeit sicherlich gebilligten Strafmaß zurück, denn es teilte dem fürchterlichen Unhold nur 3 Jahre Gefängnis zu. Der gerichtliche Sachverständige hatte den Angeklagten zwar als einen geistig stark minderwertigen Menschen bezeichnet, aber man wird es in der Bevölkerung einfach nicht verstehen, daß man einen derartigen Menschen nicht nach dem Antrag des Staatsanwalts auf acht Jahre unshädlich gemacht hat.

Die Macht der Lüge.

Roman von Johann Bojer.

„Ich muß dir etwas sagen, Angeborg.“ Und er setzte sich auf ihr Bett, das Licht in der Hand. Das Licht blendete sie erst, aber bald gewöhnte sie sich daran. Die Geschwister waren stets sehr vertraut miteinander gewesen, sie standen sich im Alter am nächsten. Er küßte sie nur, und sie hörte ihm mit weitgeöffneten, erschrockenen Augen zu. Sie atmete immer schwerer. Sie mochte Einwände, sie sahte krampfhaft seine Hand und sagte: „Sprich nicht weiter, Einar, du bist ja nicht bei Sinnen!“ Aber gleichzeitig drängte sie ihn, weiter zu reden. Sie wollte alle seine Gründe hören. Und er erklärte alles ausführlich, denn er mußte jemand auf seiner Seite haben. Schließlich schloß sie die Augen, als woge sie nicht mehr, aufzublicken. Sie atmete mühsam, es war, als zerbräche etwas in ihr.

Als er endlich gegangen war, blieb sie unbeweglich mit geschlossenen Augen liegen. Schließlich begann sie sich zu fürchten, es war so unheimlich finster, und der Morgen kam noch lange nicht. Sie warf sich im Bette hin und her und konnte aus einer unbestimmten Furcht heraus nicht schlafen. Hier war ein Verbrecher ins Haus gekommen, er schlief unter einem Dach mit ihr, und dieser Verbrecher, das war... das war ihr... nein, nein, es war gelogen. Es mußte gelogen sein!

„Hilf mir, du mein Gott! Hilf mir!“ Sie schluchzte plötzlich in wilder Erregung auf. „Hilf mir, gib mir ein Zeichen, daß es nicht wahr ist!“ Aber plötzlich merkte sie, daß sie Gott verloren habe. Zum ersten Male seit ihrer Bekehrung. Was war es nur? Weshalb konnte sie nicht weiterbeten, sondern legte die Hände auseinander, blieb liegen, und starrte nur erschrocken ins Dunkel? Gab es keinen Gott? War alles ein Trug gewesen?

Sie hatte ja darum gebetet, daß es Vater hierin gut gehen möge.

Sie hatte Gott gedankt, daß Vater unschuldig war und hatte in diesem Dank Trost gefunden. Sie hatte auch für Wangen gebetet. — So weit hatte sie sich selbst überwunden und darüber Freude empfunden. Aber war dies auch... Trug? Hatte Gott seinen Spott mit ihr getrieben? Oder gab es keinen Gott? War auch dies Trug? Dieser Trost der Ge-

meinschaft mit ihm, diese Freude, gut zu sein, war auch das Trug — Trug — Trug?

Sie warf sich in krampfhaften Weinen im Bett hin und her. War Vater schuldig, dann gab es keinen Gott. Dann war alles Trug, Trug.

„Herr, du mein Gott, gib mir ein Zeichen, daß du bist. Schenke mir Frieden. Ist mein Vater ein Verbrecher, der morgen falsch aussagen wird? Mein Vater? Herr, du mein Gott, gib mir ein Zeichen! Hilf mir, wenn du bist. Um Christi willen gib mir ein Zeichen!“

Sie lag schließlich auf den Knien im Bett und streckte die gefalteten Hände empor.

Einar war höchst erstaunt, als Ingeborg gegen Morgen leise zu ihm hereintrat, sein Gesicht zwischen ihre Hände nahm und sagte:

„Ich muß es dir sofort sagen!“ sagte sie, und ihre Stimme bebte vor Freude. „Du irrst dich, und Gott sei gelobt und gedankt, daß du dich irrst.“ Sie legte unwillkürlich ihre Hand auf die Brust.

Er kündete die Kerze an und blähte fragend auf sie. Ihre Augen leuchteten freudig.

„Ja, Einar, Gott hat mir ein Zeichen gegeben. Du irrst dich, ich habe es wohl gewußt. Und jetzt mußt du zu Vater gehen und ihn um Verzeihung bitten.“

Sie strich ihm über die Stirn und atmet lautlos hinaus.

„Arme Angeborg,“ dachte Einar. Dieses junge Mädchen, das der Kummer vorzeitig grau gemacht hatte, diese Nonne, die mit ihren Gedanken immer jenseits des Grabes weilte, würde er nicht auch sie zugrunde richten, wenn er morgen...?

„Einar, nimm endlich einmal keine Rücksichten auf die Familie...“

14.

Als Norby am nächsten Tage aus dem Hof fuhr, sah seine Frau neben ihm. Wenn etwas Wichtiges vorlag, wollte er sie immer bei sich haben.

Es war ein grauer Wintertag mit Schneegestöber. Als sie auf die Landstraße einbogen, dachte der Alte: „Wie mag es stehen, wenn wir wieder heimfahren?“

So war also der Tag gekommen, vor dem er solche Angst gehabt hatte, der aber doch unerbitlich immer nähergerückt war. Jetzt hatte er keine Angst mehr. Jetzt war er ungebüldig, loslegen zu können, wie ein überreizter Spieler, der nur an

Gewinn denkt. Ein schwacher Arzwohn, daß einer seiner Feinde bei Einars gestrigem Auftreten seine Hand im Spiele gehabt habe, steigerte seine Spannung noch mehr. Diese Leute waren schamlos. Sie kauften Zeugen, wie diesen Sören Kolkne. Sie versuchten den Sohn gegen den Vater auszuspielen. Aber wartet nur! —

Das Gerichtstokal liegt an der Bucht, im Mittelpunkt der Gemeinde, wo auch die Wohnungen der Beamten sind. Auf den Wegen, die wie dünne Streifen die Schneeflächen durchzogen, sah man wie schwarze Punkte die Menschen zur Verhandlung eilen. Heute würde der Zuhörerraum wohl vollgepfropft sein.

Der erste, den Norby sah, war Herluffen in seinem großen Wollspelz, und kaum war er aus dem Schlitten gestiegen, so ging er hin, um ihn zu begrüßen.

Auch Herluffen kam ihm entgegen, als wären sie zwei Magnete, die sich gegenseitig anziehen. Sie tauschten einen warmen Händedruck, und die beiden Gesichter leuchteten scheinbar voller Freude, sich wiederzusehen. Beide dachten sie: „Heut möchte ich nicht in deinen Hofen stecken.“ Deshalb lud Herluffen ihn auch zum Kaffee ins Hotel ein, während Norby darauf bestand, diesmal der Wirt zu sein.

Die Türen waren fast zu eng für die beiden dicken, in ihre Pelze gehüllten Männer. Und drinnen am Kaffeetisch waren sie bald ein Herz und eine Seele im Durchsprechen gemeinamer Feinde. Die große Angelegenheit wagten sie nur vorsichtig zu erwähnen, aus Furcht, einer könne den anderen durchschauhen.

Draußen blies ein scharfer Ostwind und nahm im Schneegestöber den Rauch der naheliegenden Fabriken mit. Die Leute riechen sich die Hände vor Kälte. Die Bäckerläden waren voller Menschen, die Brot kauften, um einen Vorwand zu haben, sich dort zu wärmen. Endlich kamen die Gerichtsbeamten, der Sitzungsraum wurde geöffnet, und die Menge strömte hinein und stopfte die Treppe hinauf sich den Schnee von den Schuhen.

Als Marit eintrat, erblickte sie unter den Zuhörern die Pastorin und Frau Thora von Lidarende. Beide grüßten freundlich und machten ihr zwischen sich Platz.

Als Wangen vor die Schranken trat und seine Unschuld beteuerte, drehte sich die Pastorin leuzend zu Marit Norby, und ihre Augen sagten: „Der arme Mann, wie einfältig er ist!“

Aber Thora von Lidarende wäre schon jetzt am liebsten in Tränen ausgebrochen.

(Fortsetzung folgt.)

Sterbende Wälder.

Die Dörfner und Lichtenrader Bestände in Gefahr.

Bei der Erwerbung der Dauerwälder rings um Berlin ist der engere Süden Groß-Berlins so gut wie ganz vergessen worden. Die Waldgebiete ziehen sich im Westen, Nordwesten und Südosten Berlins hin. Der eigentliche Süden weist keine größeren Waldflächen auf. Lediglich zwei Reststücke ehemals größerer Wälder sind noch vorhanden: das im Besitz der städtischen Wälderverwaltung befindliche Dörfner Wäldchen hinter Lichterfelde und der im privaten Besitz befindliche Wald in Lichterrade. Beide Waldreststücke sind schon jetzt wesentlich verkleinert und laufen Gefahr, vollständig unterzugehen und zu verschwinden, wenn nicht die Stadt Berlin sich ihrer annimmt. Besonders groß ist die Gefahr beim Lichtenrader Wäldchen, weil hier die privaten Besitzer rücksichtslos die Konjunktur des Holzmarktes ausnützen und so viel Holz wie möglich einschlagen. Mit seinem dichten Unterholz, seinen Hecken und Sträuchern bildet das Lichtenrader Wäldchen einen Tummelplatz für die Vogelwelt und eine Fundgrube für botanische Seltenheiten. Die Stadt möchte versuchen, ähnlich wie es jetzt für die Schönholzer Heide im Norden vorgeschlagen wird, nicht nur die Bebauung von diesem Waldstück abzuhalten, sondern auch den Abholzungen Einhalt zu gebieten. Das ist natürlich ohne Kostenaufwand nicht durchzuführen. Aber in diesem Fall muß dieselbe Rücksicht obwalten, wie bei der Schaffung von Sport- und Spielplätzen, für die erfreulicherweise zahlreiche Millionen zusammengebracht worden sind.

Beim Rieselgut Dörfner und seinem Wäldchen hat es die Stadt selbst in der Hand, der weiteren Beeinträchtigung des dort gelegenen Wäldchens Einhalt zu tun. Für die Bewohner von Lichterfelde und Lankwitz kommt dieses Wäldchen als einzig nahegelegenes Ausflugsziel in Betracht. Nachdem den Bewohnern dieser Ortsteile der Besuch des Grünwaldes dadurch erheblich erschwert und verteuert worden ist, daß sie jetzt in stetig umfliegenden Mäusen, während sie früher unmittelbar von der Steglitz-Lankwitzer Grenze nach Dahlem fahren konnten, ist das Dörfner Wäldchen für diese Ortsteile um so wertvoller geworden. Leider ist bisher so gut wie nichts zur Pflege dieses an sich recht hübschen, aber zurzeit recht verwildert aussehenden Waldes geschehen.

Abenteuer im Grünwald.

Anders als die anderen — mit der Kinderpistole.

Ein tolles Abenteuer, das eine reiche Bremer Dame im Grünwald erlebt hat, beschäftigte gestern das Schwurgericht am Landgericht III. Es handelt sich um einen raffiniert ersonnenen und ausgeführten Theatercoup, den zwei junge Leute in Szene gesetzt haben. Wegen Raubes und Bedrohung war der Zeichner Paul Fischer angeklagt; der zweite Angeklagte, Boloniar-Jahrgangstherber Schönfließ, ist schuldig geworden.

Schönfließ, der anormal veranlagt ist, stand mit dem Angeklagten Fischer in einem Verhältnis, das Fischer als platonisches Freundschaftsverhältnis bezeichnete. Schönfließ wieder hatte durch eine Frau Marianne, die er mit Vorliebe als seine „Tante“ bezeichnete, im Hotel Edison eine Frau Margarete R., die einer reichen Bremer Kaufmannsfamilie angehört, kennen gelernt. Er sah, daß sie reich und sehr kostbaren Schmuck trug. Ihr hatte sich Schönfließ als „Assistenzarzt der Charité“ vorgestellt und trat mit ihr in nähere Verkehre. Frau R. vermochte zunächst eine mit Saphiren besetzte Platinnadel im Werte von etwa 5000 M., die ihr unbewußt von Schönfließ entwendet worden ist. Denn dieser hat sie am nächsten Tage zu Frau Hermann gebracht und an diese verkauft. Am 14. Oktober v. J. machte Schönfließ mit Frau R. einen Ausflug nach dem Grünwald, der nach einem von ihm mit Fischer genau verabredeten Plan die Verabredung der Frau R. zum Ziel haben sollte. Der Plan ist dann auch ganz programmäßig durchgeführt worden: Als das Mädchen einen Weg durch den Grünwald betreten hatte, kam ihnen Fischer plötzlich entgegen und bat Schönfließ um Feuer, was ihm abgefragt wurde. Es kam darüber verabredetermaßen zu einem Wortwechsel, Fischer verabreichte ihm, ebenso nach Verabredung, einen kleinen sogenannten „Knock out“ — wenigstens tat er so — und Schönfließ fiel sofort, sich bewußtlos stellend, zu Boden. Dann verlorne Fischer plötzlich von der erschrockenen Frau, indem er eine Pistole zog, Geld und schließlich ihre Schmucksachen. Dann entfernte sich der Angeklagte mit seiner Beute, die einen Wert von etwa 50 000 Mark hatte. Zunächst war Schönfließ „wieder zu sich gekommen“ und Frau R. brachte ihn nach dem Bahnhof und von dort in einem Auto nach Hause. Schönfließ, der sich in ein Sanatorium begeben hatte und von dort entflohen ist, hat den Hauptteil der Beute und Fischer 1050 M. davon erhalten. — Im Termin war Fischer geständig, behauptete aber, daß er in vollständiger sexueller Hörigkeit zu Schönfließ gestanden habe und dessen maßgebendem Einfluß sich nicht habe entziehen können. Die Pistole sei gar keine richtige Pistole, sondern nur eine „Kinderpistole“ gewesen. — Nach dem Gutachten des Sanitätsrats Dr. Magnus Hirschfeld und Sanitätsrats Dr. Leppmann ist der Angeklagte ein anormal veranlagter, phantastischer und kindlich sich gebührender Mensch, der wohl unter dem Einfluß des von ihm geleiteten Schönfließ gehandelt hat. Der Angeklagte wurde nur des einfachen Raubes (ohne Mitführung einer Waffe) für schuldig befunden und zu 1 Jahr 9 Monaten Gefängnis verurteilt.

Aufdeckung eines Millionenchwindsels.

Warenchwindel im großen betrieblen zwei Männer namens Karl Orlovski und Wily Weesmann, die ihre „Geschäfte“ unter der hochtönenden Firma Orlovski u. Komp. anpriesen. Der Sitz der Kompagnie war in der Ruffhauerstraße 5, die Lagerräume befanden sich in der Großbeerenstraße 19. Ihre letzten großen Züge machten die beiden auf den Frühjahrsmessen in Leipzig und Königsberg. In Leipzig kauften sie Waren aller Art für ihre ausländischen Abnehmer. Sie erhielten auch sehr viel gegen Anzahlung, auf Ziel oder mit der Vereinbarung, daß die Zahlung Zug um Zug beim Verkauf an die ausländischen Abnehmer erfolgen sollte. So füllten sich die Lagerräume in der Großbeerenstraße sehr bald mit Bergen von Waren der verschiedensten Art, u. a. Korbmöbel, Parfüms, Delikatessen, Heringsfässern, Standuhren, Silberarbeiten usw. Orlovski u. Komp. sanden auch Käufer, steckten aber Kaufgeld ein, ohne daran zu denken, auch ihre Lieferanten zu bezahlen. Die bei der Kriminalpolizei einkaufenden Anzeigen ließen erkennen, daß man es mit einem großen Schwindelunternehmen zu tun hatte. Als man der Sache auf den Grund ging, war das Bureau in der Ruffhauerstraße bereits geschlossen. Eine Durchsuchung der Lagerräume ergab, daß die Bestände schon sehr gelichtet und nur noch für 100 000 Mark Ware vorhanden war. Orlovski und Weesmann aber waren bereits verschwunden. Soviel bisher festgestellt werden konnte, betragen die Schulden der Flüchtigen mindestens zwei bis drei Millionen Mark.

Ein neues städtisches Ostsee-Jugendheim.

Zu den von der Stadt Berlin bisher unterhaltenen Erholungsheimen für erholungsbedürftige, unterernährte Kinder beiderlei Geschlechts in Schönewald in Hannover und Hermannswerder bei Potsdam ist noch das Ostsee-Erholungsheim im Rest bei Köpenick hinzugekommen, das unter Beteiligung der Stadt Berlin noch weiter ausgebaut wird. Die Lage auf einer 500 Meter breiten Rehring zwischen Ostsee und Jasmunder See hinter den älteren — größtenteils mit Bäumen bestandenen Dünen — ist besonders reizvoll. Neben dem Schulunterricht, der den Kindern von besonders bestellten Lehrern im Heim erteilt wird, sowie Unterweisung zur Anfertigung

Die Frage des Beamtenstreikrechts.

Weitere Tagung des Beamtenbundes.

In der Aussprache über das Referat von Hügel zeigte sich sehr bald, daß durchaus keine Einmütigkeit in den Auffassungen über die Verpflichtungen des Beamten und des Streikrechtes besteht, wie es nach dem Beifall, den das Referat fand, der Fall zu sein schien. Der Vertreter des Bundes der technischen Angestellten trat für die Dreifäulentheorie und für eine enge Fühlungnahme mit den politischen Parteien ein, warnte jedoch davor, sich in das Schlepptau einer bestimmten Richtung nehmen zu lassen. Klein von der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten führte aus, daß die von Hügel heute und früher skizzierten Voraussetzungen für einen Beamtenstreik sowohl im Oktober wie im Februar gegeben waren. Wenn die Aktion nicht zur Zufriedenheit ausgefallen sei, so liege das daran, daß das Solidaritätsgefühl unter den Beamten noch sehr schwach sei. Die Reichsgewerkschaft wolle nicht den Kampf zwischen Arbeit und Kapital, wohl aber den Kampf gegen die Auswüchse des Kapitals (im Staatsbetrieb?).

Die politische Neutralität

der Beamtenorganisationen müsse gewahrt bleiben, solange man nicht wisse, ob die Gewerkschaften nur Vollzugsorgane der Regierung seien. Dr. Waldmann vom Bayerischen Beamtenbund erklärte zur nicht geringen Bewunderung des größten Teils der Delegierten, daß Vorbereitungen stattgefunden hätten, in denen sich Einmütigkeit bei mehr als der Hälfte der Delegierten mit den Ausführungen Hügel ergeben hätte. Der Solidarität gegenüber den Berufsgenossen stellte er die Solidarität gegenüber der Allgemeinheit voran.

Rühn-Weimar erklärte, daß auf dem Lande das Gefühl vorherrsche, in Berlin werde die Suppe etwas zu heiß gekocht, so daß man sie draußen nicht genießen könne. Die Tagung werde den Beweis der Einigkeit erbringen müssen.

Ehrmann (vom Reichsverband der Kommunalbeamten) billigt die Politik der Befonnenheit, wie sie vom Referenten Hügel vertreten worden sei. Es empfehle sich, dessen Ausführungen als ein geeignetes Programm für den DVB. zu betrachten. Es sei nicht der Wille des Bundes, sich in den Klassenkampf einzulassen.

Das Berufsbeamtenrecht müsse erhalten bleiben.

Hierauf trat eine zweistündige Mittagspause ein. Nach der Mittagspause berichtet die Mandatsprüfungskommission, da einige Mandate angezweifelt werden, nimmt die sich hierüber entfernende Diskussion geraume Zeit in Anspruch. Darauf folgt die Fortsetzung der Aussprache.

Scharfschwerdt (von der Reichsgewerkschaft der Eisenbahner): Ohne den Streik der Eisenbahner wäre die Gehaltsaufbesserung der Beamenschaft nicht gekommen. (Zustimmung.) Was Hügel gesagt habe, könne er nicht unterstreichen. Ebenfalls könne er sich mit Dr. Waldmann einverstanden erklären. Die Politik des Schaukelns und Schwankens müsse aufhören. Wir haben uns nicht hinter den Rücken vor den Bundesvorstand gestellt. Der Redner geht sodann in sehr umfangreicher Weise auf den Eisenbahnstreik ein und wirft dem Bundesvorstand Verfehlungen vor, weil er den Streik nicht gefördert habe. Der Redner schließt mit einem Aufruf zur Politik des Handelns.

Bundesdirektor Kemmers vom Deutschen Beamtenbund führte aus: Die Politik des Deutschen Beamtenbundes im Eisenbahnstreik war festgelegt durch den Beschluß des Bundesvorstandes, dem etwa 54 Führer der Beamtenorganisationen angehören. Und dieses Gremium sei nicht zu einer einmütigen Beurteilung des Streiks gekommen.

von Handarbeiten und im Gartenbau ist für die nötige freie Bewegung in der Irdischen Lust durch Veranstaltung von sportlichen Bewegungen und Spielen jeder Art unter Anleitung und Beaufsichtigung geeigneter Lehrkräfte gesorgt. Der Aufenthalt erstreckt sich jedesmal auf die Dauer von 6 Wochen. Der Preis beträgt für Tag und Abend nur 25 M. Für Unbemittelte sind mehrere Freistellen vorgesehen. Die Vererbung der Kinder erfolgt unter Mitwirkung der Bezirksämter durch das Jugendamt, Hauptabteilung III, der Stadt Berlin. Die Bemerkungen der Eltern um Aufnahme ihrer Kinder sind bei dem zuständigen Bezirksamt zu stellen.

Feste Preise für Markenartikel.

Die Ueberschreitung festgesetzter Preise für Markenartikel (d. h. diejenigen Handelsartikel, deren Kleinverkaufspreise von den Fabrikanten durch Ausdruck auf die Verpackung gekennzeichnet sind) im Kleinhandel ist verboten und strafbar. In einem Rechtsstreit war den Kleinhändlern verboten worden, einen anderen als den aufgedruckten Preis für ein Waschmittel zu nehmen. Eine Fachzeitung folgerte daraus, daß der Verkaufspreis den niedrigeren Weiterverkaufspreis darstelle, eine Ueberschreitung des Verkaufspreises aber durch das Urteil nicht verhindert werde. Dem gegenüber erklärt jetzt das Reichswirtschaftsministerium in einer Mitteilung an die Preisprüfstellen, daß die Erhöhung einmal bei Lieferung vom Hersteller festgesetzter Kleinhandelspreise für Gegenstände des täglichen Bedarfs verboten und strafbar ist, gleichviel ob sie gepackt oder ungepackt, ob der Preis sichtbar angegeben ist oder nicht. Auch die Berechnung von Durchschnittspreisen für solche Gegenstände ist unzulässig. Die Hausfrauen tun also gut, bei ihrem Einkauf die Bezugspreise der Marken zu prüfen, die mit den auf den Packungen ausgedruckten in Widerspruch stehen, abzulehnen.

Hans Jähmann sprach am Sonntagabend im Meisteraal seine und Littencrons, danach zum Schluß Berliner Humor Glasbrennerischer Prägung. Der junge Künstler verfügt gleichwohl über die lyrisch-dramatischen wie die gemäht und humorvollen Kräfte. Frau Agnes Jähmann sang zur Klavierbegleitung und schließlich auch zur Laute, wobei sich ergab, daß das Lautenlied ihre Domäne ist und — einzuweisen bleiben sollte. Das Publikum aber sollte das erste Streben des jungen Paars durch besseren Besuch fördern, den Erträgnissen aber wurden ein paar beglückte Stunden bereitet.

Lebensmittelpreise des Tages.

Zufuhr: Fleisch ausreichend, Geschäft etwas reger. Fische knapper, Geschäft stiller. Obst und Gemüse schwach, Geschäft reger.

Am Donnerstag galten in der Zentralmarkthalle folgende Kleinhandelspreise:
Schweinefleisch 33—41 M. Rindfleisch 25—33 M., ohne Knochen 24—28 M. Kalbfleisch 24—28 M. Hammelfleisch 27—33,50 M. Rindertalg 28—39 M. Schellfisch 6,50—10 M. Seelachs 8—9 M. Dorsch 6 M. in Eis; Schleihe 26 M. Hechte 17—21 M. Aale 25—40 M. Lehnede Barache 18—19 M. Karpfen 22—26 M. Bleie 18—19 M. Grüne Herings 6—7 M. Naturbutter 64—72 M. Margarine 30—38 M. Schweineschmalz 45—50 M. Eier 3,75—4,75 M. Weiße Bohnen 7,50—8,50 M. Erbsen 8—10 M. Gerstengrütze 9 M. Weizenmehl 1,50—10 M. Roggenmehl 0,50 M. Hafermehl 1,50 M. Kartoffelmehl 16 M. Wirsingmehl 6,50—7,50 M. Weiskohl 5,50—6 M. Rosenkohl 11—12,50 M. Blumenkohl 11—22 M. der Kopf. Rotkohl 7—10 M. Grünkohl 3,50 M. Kohlrüben 1—2 M. Kartoffeln 25—30 M. 10 Pfund.

Das Ultimatum der Reichsgewerkschaft

und der Abbruch aller Verhandlungen sei ebenfalls nicht zu billigen, denn die deutsche Beamtenschaft habe die Pflicht, vor einem so folgenschweren Entschluß alle Verhandlungsmöglichkeit auszuschöpfen. Die Reichsgewerkschaft hätte trotz der ablehnenden Haltung des Reichsfinanzministers ihre letzte Entscheidung nochmals vertagen müssen. (Zuruf der Reichsgewerkschaft: „Das wäre Verschleppung gewesen!“) Auch auf diese Befehle hin hätte ich eine Vertagung beschlossen. Die Bundesleitung des Deutschen Beamtenbundes mußte nach Ausbruch des Streiks der Regierung gegenüber verhandlungsfähig bleiben. Aber das Reichsfinanzministerium lehnte nach Eröffnung der Feindseligkeiten auch mit uns alle Besprechungen ab und die Regierung zog uns nicht einmal zu den ersten Verhandlungen mit den Gewerkschaften hinzu.

Die Gewerkschaften haben den Streik abgelehnt.

und zwar nach der Unterredung mit dem Reichskanzler, in welcher dieser den Gewerkschaften die außerpolitische Lage schärferte und betonte, daß ein Nachgeben der Regierung im Beamtenstreik sie im Ausland unmöglich mache. Wir haben dann erneut verucht, zwischen der Regierung und den Eisenbahnern zu vermitteln. Durch eines unserer Mitglieder boten wir die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten um eine Aussprache, doch ließ uns die Reichsgewerkschaft erklären, daß sie unsere Vermittlerrolle nicht in Anspruch nehmen könne. (Bewegung.) Als wir endlich mit dem Kanzler verhandelten, hatten wir neue Schwierigkeiten zu überwinden, weil die Regierung von uns

eine deutliche Mißbilligung des Streiks

forderte. Erst nach langer Beratung entschloß sich die Regierung, mit uns weiter zu verhandeln.

Wir konnten während des Streiks die anderen Organisationen des Deutschen Beamtenbundes nicht zum Solidaritätsstreik aufzufordern, denn große Organisationen erklärten uns, daß sie dann sofort austreten müßten. Die Gefahr einer Spaltung war damals groß. Gegen den Streik hatte sich eine Einheitsfront der Regierung, des Parlaments, der Presse und der Gewerkschaften gebildet. Unsere Bundesstellen waren leer. Wer unter solchen Verhältnissen in den Krieg ziehen wollte, spielte bewußt va banque. Die Regierung hat sehr große Mittel für die Beamten bereitgestellt. Aber trotz alledem kommen wir nicht um die Tatsache herum, daß das Einkommen der Beamten abhängig gemacht wird

von den Löhnen der Arbeiterschaft.

Ein Zusammenstoß zwischen Beamten- und Arbeitergewerkschaften sei nicht möglich. Die Befürsorder des Beamten und des Arbeiters sei zu verschieden. Dieselben Beamten, die anfänglich ein Zusammengehen mit dem DVB. propagierten, hätten diesen Zusammenstoß dann selbst bekämpft.

Man brauche jetzt, um die geplanten Maßnahmen zu verhindern, eine geschlossene Aktion der gesamten Beamtenschaft, um nicht Objekt der deutschen Gesetzgebung zu werden, sondern subjektiv mitarbeiten zu können. (Stark anhaltender Beifall.)

Falkenberg von der Bundesleitung warnte davor, die Eisenbahner in Bausch und Bozen zu verurteilen. Die Bewegung sei etwas anderes, als das sie bisher von der Regierung und dem Parlament angesehen worden sei. Sie sei

eine Etappe in dem großen sozialen Umschichtungsprozeß.

Die Regierung, die so leicht den Stab über die Beamten bräche, solle sich an die Brust schließen und sich fragen, ob sie nicht auch Schuld daran trage. Der Redner warnte dann weiter vor einer Spaltung im Beamtenbund. Wir werden unseren Gegnern zeigen, daß Mißgunst und Haß uns nicht aus dem Sattel heben können. (Beifälliger Beifall.)

Verlangt wurde, auch die Reden Scharfschwerdts und Falkenbergs drucken zu lassen und beschloßen, daß außer den programmatischen Ausführungen des Vorsitzenden auch die Rede Scharfschwerdts gedruckt werden soll.

Die Bedeutung der Sexualpsychologie für die Erziehung behandelte Universitätsprofessor Genosse Dr. Liepmann in einer öffentlichen Frauenversammlung in der Aula des Realgymnasiums zu Reutlingen. Der Vortrag zielt auf die Aufstellung folgender Forderungen: Die sexuelle Aufklärungsarbeit hat im Hause und von den Eltern zu erfolgen. Bei eingeschuldeten Kindern ist es meist zu spät. Jede Äußerung werde vermieden. Klar und offen, aber mit aller Feinheit werde den Kindern Auskunft erteilt. Um aufklären zu können, müssen die Eltern erst selber aufgeklärt sein, d. h. sie müssen wenigstens in populärer Form die biologischen Zusammenhänge verstehen. Leider verstehen die Lehrer, die zu dieser Aufklärungsarbeit berufen sind, zu wenig von diesen Fragen. Es ist deshalb zu fordern, daß jeder Lehrer wenigstens zwei Semester Sexualpsychologie mit besonderer Berücksichtigung der Pädagogie mit besonderer Berücksichtigung der Sexualpsychologie dringend notwendig, der nicht nur für die Lehrer, sondern auch für die Theologen, Juristen und Mediziner gleich wichtig ist.

Abermalige Erhöhung der Postgebühren im Auslandsverkehr. Die anhaltende Verschlechterung des deutschen Marktkurses zwingt die Postverwaltung, bei der Gebührenerhebung im Auslandsverkehr und Telegrammverkehr das seit dem 24. März auf 56 M. für den Goldfrank abermals, und zwar mit Wirkung vom 1. April an, auf 66 M. zu erhöhen. Dieses Umrechnungsverhältnis ist auch für die Wertangabe auf Briefen und Paketen nach dem Ausland maßgebend. Ueber die Einzelheiten geben die Postanstalten Auskunft.

Au der Komischen Oper findet am Sonnabend, den 15. April, die Uraufführung der Operette „Der Meister vom Montmartre“. Bilder aus dem Liebesleben Offenbachs unter Verwendung Offenbachscher Original-Musik, statt für die Hauptrollen sind Dr. Waldemar Stagemann von der Dresdener Staatsoper als Offenbach und Margit Suchs vom Theater des Westens als Herzogin von Orleans verpflichtet. Die musikalische Leitung hat Kapellmeister Paul Kühn übernommen und die Balletts werden von Georges Blannollet einstudiert.

Deutsche Friedensgesellschaft (Zweiggruppe Berlin). Heute 7^{1/2} Uhr im Bürgeraal des Rathauses, Königstraße: Vortrag des Herrn Dr. phil. Welfen Krüschjan über: Die armenische Frage im Problem des Pazifismus.

Arbeiterport.

Freie Turnerstaffel Groß-Berlin. Sonnabend 8 Uhr Zusammenkunft der Mitglieder, Petersburger Str. 4.

Geschäftliche Mitteilungen.

Im neu eröffneten „Central-Beleuchtungs- und Ornamenten-Lager“ Reuterstr. 116, Eingang Odeonplatzes, sind 1. Klasse, gelungener, leicht große, schön wirkender, kostengünstiger, feiner, außerordentlich billig, Kugeln, Schalter, einzelne Leuchten, für jede Lage passend, zum Verkauf. Wir empfehlen auf das morgen erscheinende Inserat.

Die „Eckhartsche Leuchte“ stellt dem Publikum — ohne den Entgeltsummen vom Einzelverkauf abhängig zu machen — Theaterleuchten für Festlichkeiten und Erlaube-Theater zum Preise von 30 M. für die Leuchte, bis an der Stelle 60 bis 100 M. kosten und 60 M. für die Leuchte im Werte von 100 bis 200 M. zur Verfügung. In Frage kommen die Vorstellungen vom 4., 7., 10. und 11. April in beiden Theatern bei der bekannten erfolgreichen Besetzung.

Weiter bis Sonnabend mittag: Kahl, zeitweise beiter, veränderlich mit Nebel, im südlichen Rückgebiet erglühend, sonst meist geringeren Niederschlägen bei heftigen nordwestlichen Winden.

Theater, Lichtspiele usw.

Opernhaus
Der Schatzgräber
7 1/2 Uhr

Schauspielhaus
Armand Carrel
7 1/2 Uhr

Deutsch. Theat.
7 1/2 Uhr: Cyrano v. Bergerac
Sonntag 7 1/2 Uhr: Cyrano von Bergerac

Kammerspiele
Zum ersten Male 7 Uhr:
Der Meister
Sbd. 7 1/2 Uhr: Der Meister

Gr. Schauspielh.
(Karlstraße)
8: Dantons Tod
Sonntag 8: Dantons Tod

Theater i. d. Königgrätz. Str.
7.30: Die wunderlich. Geschichten d. Kapellmeisters Kreisler

Komödienhaus
Tägl. 7.30: „Gretchen“
Erika Glässner
Ralph A. Roberts

Berliner Theat.
Nur noch 8 Vorstell.
7.30: Einer von unsere Leute
Clewing, Sabo, Haskel, Klefer

Central-Theater
Nur noch 11 Vorstell.
7 1/2 Uhr: Das Detektivmädch.
Deutsches Opernhaus

7 Uhr: Evangelimann
Friedr.-Wilhelmst. Th.
8: Der Wallenschmied
Intimus Theater

8 U.: Bubi will nicht!
Die Pettsche und...
Klein. Schauspielhaus
7 1/2 Uhr: Der keusche Lebemann
Lustspielhaus

8 Uhr: Der Werwolf
Metropol-Theater

7 1/2 Uhr: Die Bajadere
Neues Operetten-Th.
8 Uhr: Lady Chic
Neues Theater am Zoo

8 Uhr: Scampolo
Neues Volkstheater

7 1/2 U.: Heuchler
Schiller-Th. Charlbg.
8 Uhr: Nora
Schloßpark-Th. Stoglitz
Schloßstr. 45

7 1/2 Uhr: Phyllis
Thalia-Theater

7 1/2 Uhr: Die Herren von und zu...
Theat. am Nollendorplatz
7 1/2 U.: Die Ehe im Kreise
Theater des Westens

7 1/2 U.: Schwedisch. Ballett
Th. d. Kommandant Str.
8 U.: Das Geständnis d. Lavinia Morland
Wallner-Theater

Geschloß, morg. 7 U.:
Die beiden Nachtigallen
Walhalla-Theater

7 1/2 Uhr: Don Cesar
Residenz Theat.

Täglich 7 1/2 Uhr:
Eine Frau ohne Bedeutung
Irene Triesch, Korfi, Bertens, Sandrock
Sonnt. 4 Uhr kleine Pr.:
Minna von Barnhelm

Kleines Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
Das kleine Schokoladenmädchen
Sonnt. 4 Uhr kleine Pr.:
Der Dieb

Trion Theater.
Täglich 8 Uhr:
Der Vulkan
Lustig, v. Ludw. Paula
Bogen Burg
Limburg, Junkermann
Sonnt. 4 Uhr kl. Preise:
Mein Freund Teddy

Russ.-Deutsch. Theater
„Der blaue Vogel“
Goltzstraße 9
Nollendorplatz 1613
Anfang 8 1/2 Uhr
Vorstellung abendlich:
FOLIES CAPRICE
Linienstr. 132
Täglich 7 1/2 Uhr:
Die Glabriaspartie
mit Genehmigung von
Dir. Anton Herrfried
mit Ferd. Grünecker,
R. Bergl usw.

Volkshühne
Theater am Bülowplatz
7 Uhr: König Lear

Lessing-Theat.
7 Uhr: Peer Gynt
Sonntag u. Sonnt. 7.
Faust
Montag 7 (neu einstud.):
Kollege Crampton

Deutsches Künstler-Th
Abendlich 7 1/2
Operetten-Gastspiel:
Czardasfürstin

Theat. d. Ostens
(Rose-Theater)
7 1/2 U.: Heirat auf Probe

Komische
7 1/2 Oper 7 1/2
Dir. Jam. Klein
Nur noch 3 Tage
Die große Revue
Der Herr der Welt
Bruno Kastner
Gertrud Bach
Franz Gross
Blisch Bartels
Fritz Steidl
Hans Werder
Lotto Warkmeister
Nerta Richter

Casino-Theater
Lothring. Str. 37 Tägl. 7 1/2
Nur noch bis 13. April
die Berliner Post
Familie Gänselein
Ab Sonntag, 15. April:
Der Neffe aus Afrika
Stg. 7 1/2, Nachttelegramm

APOLLO
8 U. Theater 8 U.
Dir. Jam. Klein
Abendlich
Die große
Ausstatt.-Opérette
v. Paul Lincke
Venus
auf
Erden
In den Hauptrollen:
Grete Sellin
Martin Kettner
Fritz Spira
Erna Alberti
Else Reval
33-Damen-Ballett
Verst.-Soubrette
Vorverk. ununterb.

CIRCUS BUSCH
Tägl. 7 1/2, Sg. auch 8 U.
Die ungarische
Pythia.
Das Rätsel
in der Luft.
Manegeschaustück.
Störtebecker
der Seeräuber
Vorverk. Werth u. Circ.-K.

Admirals-Palast
7 1/2 Uhr:
Futuristisch. Karneval
Die Prinzessin v. Tragant
im Gespensterschloß

Metropol-
Varieté
Behrenstr. 54
„Der tote Punkt“
Quette, Terzette
von Pfanzner-Ziegler
Ella Müller
Danger, Riedel, Pauly
5 Junettos
Slier, Aivari, Libal
Reeves & Reeves
2 dorellis, Pittmay,
Juppin-Barrio
Lotte Werkmeister

Reichshallen-Theater
Abendlich 7 1/2 Uhr u.
Sonnt. Nachm. 3 U.
Stettiner
Sänger
Nachm.
halbe Pr.
Dönhoff-
Brettli
Ant. 7 1/2 Uhr

SCALIA
Täglich 8 Uhr
Internat.
Varieté
Sonntag 3.30 zu
halber Preisen das
volle Programm

MINI-MARTEN
Varieté-Prgr.
Ranchen gestattet!

Tant. a. Kottb. Tor
Tel. Slavia 16077
Tägl. 7 1/2 Uhr
Ein. nachm. 3 U.
Elite-Sänger
10 Herren!
200 Komik!
Som. nach. Preise
Sof. 11-12-13-14-15

Der weiteste Weg zu mir lohnt sich sehr!
Verkaufen Sie daher anderwärts nichts zu billig, ich kaufe ohne zu handeln und zahle stets den allerhöchsten Tagespreis für
Gold-Ringe Silber-Sachen Platin-Kontakte Gebisse
Kettec Hecke Bruch
Zahntische Kontakte Brennstifte
ZShne n. 100.- b. 3000.-

Wollen Sie wirklich sehr hohe Preise erzielen, so wenden Sie sich ver- trauensvoll nur an die handelsgerichtlich eingetragene Firma
Richard Herrmann, Wilhelmstr. 39 Ecke Kochstraße, nahe An- halter u. Potsdam Bahnhof
Vom Publikum höchstzahlende und reelle Ankaufsstelle anerkannt.

Vorzeiger dieser Anzeige erhält beim Verkauf 5 M. extra.

KOMISCHE OPER Direktion: Jam. Klein
Premiere am 15. April, 7 Uhr:
Der Meistervom Montmartre
Drei Bilder aus dem Liebesleben Offenbachs, unter Verwendung Offenbachscher Original-Musiken von Bretschna, musikalische Zusammenstellung von Habe. — In Szene gesetzt von Direktor James Klein. — Musikalische Leitung: Paul Kühn. — Einstudierung der Balletts: Georges Blauvalet. Dekoration und Kostüme von Hugo Baruch & Co.
Gastspiel Dr. Waldemar Staegemann (v. d. Dresdener Staatsoper) als Offenbach
Margit Suchy :: Franz Groß
Else Müller :: Balzer Lichtenstein
Vorverkauf für die ersten zehn Tage an der Theaterkasse

Knoppchen persönlich
Neue Vortragsfolge
täglich im
U.T. Nollendorplatz



Kino, Butter, Brot: alles teurer!
Nur das Alhambra-Varieté am Moritzplatz mit seinem gewaltigen Programm ist genau so billig wie einst.
Sie sehen für 1-25 M. außer zehn Varieté-Sensationen sogar
Celly de Rheidt
Senta Söneland
in ihrem Sketch
„Berliner Pflanze“

Scharlachberg Meisterbrand
Weinbrennerei Scharlachberg Bingen 7/8
No Qualitätsmarken außerdem beliebt:
Weinbrand Scharlachberg Gold
Weinbrandverschnitt ***
Verteilter:
Carl S. Bingenhofer,
Berlin W 50, Färther Str. 3.
Fernsprecher: Amt Ubbach 524.



Reichshallen-Theater
Abendlich 7 1/2 Uhr u.
Sonnt. Nachm. 3 U.
Stettiner
Sänger
Nachm.
halbe Pr.
Dönhoff-
Brettli
Ant. 7 1/2 Uhr

SCALIA
Täglich 8 Uhr
Internat.
Varieté
Sonntag 3.30 zu
halber Preisen das
volle Programm

JLSE, Bergbau-Aktiengesellschaft
zu Grube Ilse N.-L.
Die Aktionäre unserer Gesellschaft werden zu der am
Donnerstag, den 27. April 1922, nachm. 8 Uhr
in Berlin, Burgstr. 24, in den Geschäftsräumen der Mitteldeutschen Creditbank stattfindenden
ordentlichen Hauptversammlung
hierdurch eingeladen.
Tagesordnung:
1) Vorlage des Geschäftsberichts für das Geschäftsjahr 1921 mit den Bemerkungen des Aufsichtsrates.
2) Genehmigung der Bilanz mit der Gewinn- und Verlustberechnung für das Geschäftsjahr 1921 und Beschlüßfassung über die Verwendung des Reingewinnes.
3) Entlastung des Vorstandes.
4) Entlastung des Aufsichtsrates.
5) Wahlen zum Aufsichtsrat.
6) Beschlüßfassung über die Erhöhung des Grundkapitals um Mk. 40 000 000,— durch Ausgabe von 40 000 auf den Inhaber lautenden Stammaktien von je 1000 Mark Nennwert mit Dividendenberechtigung ab 1. Januar 1922 auf die jeweiligen Einzahlungen. Festsetzung der Bedingungen der Aktienausgabe. Anschluß des gesetzlichen Bezugsrechtes der Aktionäre.
7) Beschlüßfassung über Aenderungen des Gesellschaftsvertrages:
§ 4 Erhöhung des Grundkapitals.
§ 17 Erhöhung der Höchstzahl der Aufsichtsratsmitglieder auf 12 Personen Aenderung in Absatz 1, Zeile 2 und Absatz 4, Zeilen 2 und 4 des Wortes „drei“ in „fünf“.
§ 20 Aenderung in Absatz 1, Zeile 2 des Wortes „zwei“ in „vier“.
§ 21 Absatz 1, Zeile 1 hinter dem Worte „mindestens“ hinzuzufügen „von der Hauptversammlung gewählten“.
§ 35 Absatz 3, Streichung der Worte „auf das jeweils eingezahlte Kapital“
8) Getrennte Beschlüßfassung:
a) der Stammaktionäre,
b) der Vorzugsaktionäre,
über die zu den Punkten 6 und 7 angekündigten Gegenstände.
9) Genehmigung der Umschreibung von Vorzugsaktien.
Die Stammaktionäre, welche an der Hauptversammlung teilnehmen wollen, haben den Aktienbesitz, hinsichtlich dessen sie ein Stimmrecht in der Hauptversammlung ausüben wollen, spätestens am **Sonntag, den 22. April 1922** bei der Gesellschaftskasse in Grube Ilse oder
in Berlin bei der Mitteldeutschen Creditbank und der Direction der Disconto-Gesellschaft,
in Frankfurt a. M. bei der Mitteldeutschen Creditbank und der Firma Gebrüder Sulzbach,
in Hamburg bei der Mitteldeutschen Creditbank Filiale Hamburg und der Vereinsbank,
in Köln bei der Mitteldeutschen Creditbank Filiale Köln und der Schaaffhausen'scher Bankverein A.-G.
bzw. den Niederlassungen dieser Banken schriftlich anzumelden und bis zu demselben Tage diesen Aktienbesitz bei der Stelle, bei welcher die Anmeldung erfolgt ist oder bei einem Notar mit einem doppelten Nummernverzeichnis zu hinterlegen, dessen eine abgestempelte Ausfertigung als Eintrittskarte in die Hauptversammlung und als Ausweis zur Empfangnahme der Stimmkarte dient. Für die Bezüher der jungen Stammaktien (Ausgabe 1921 II) dient als Ausweis die von der Bezugsstelle ausgestellte Kassenzuweisung über die geleistete Einzahlung, die an Stelle der Aktienmängel zu hinterlegen ist.
Die Vorzugsaktionäre haben nur die Anmeldung ihrer Vorzugsaktien mit Nummernangabe bei dem Vorstände der Gesellschaft in Grube Ilse zu bewirken, um an der Hauptversammlung teilnehmen zu können. Stimmberechtigt sind nur die im Aktienbuche eingetragenen Besitzer der Vorzugsaktien. Zur Vertretung ist eine privatschriftliche Bevollmächtigung erforderlich.
Grube Ilse, den 3. April 1922.
JLSE, Bergbau-Aktiengesellschaft
Schumann. Müller. Bähr.

Ata Henkel's Scheuerpulver
putzt
reingt
Alles!
Ata eignet sich für alle Küchengeräte besonders auch für Ofen, Badewannen, Klosetts, Marmor, Steinböden.
Hersteller: Henkel & Co. Düsseldorf.



A. Damitt
Rosenthaler Str. 46-47
Suche
zur Selbstverwertung
Edelsteine
u. Edelmetalle
zu höchst. Preisen
G. Schliephacke
Juwelier
Friedrichstraße 210
Ede-Rodstraße

Trauringe
Dukaten-Gold (900 gest.)
333-385 gest.
Jede Größe am Lager. Garantie- schein für gesetzl. Goldgehalt. Nicht die Reklame, der Name bürgt für Quant. u. Preiswürdigkeit.
Spezialhaus fugenloser Trauringe
Erich Fuhrmann
NW 37, Gotzkowskystraße 13
Ankaufv. Gold, Silb., Plat., Bruch

Herren-Garderobe
Anzüge · Schlüpfer
Paletots in gediege-
ner Arbeit
Bequemste
Teilzahlung.
Gebr. Kassner
Bülowstr. 6, am Nollendorplatz